

Scheide wege

Jahresschrift
für skeptisches Denken

Herausgegeben von der
Max Himmelheber-Stiftung

Baustellen und Bürgerproteste
Zur Metaphysik
der Atomenergie-Erzeugung
Politik- und Demokratieverdrossenheit?
Die Ideologie der Moderne
„Power Point“ und „Bologna“
Epigenetik: Das molekulare Gedächtnis
als ein Dirigent unseres Lebens
Aspirin und Heroin
Körper haben oder Leib sein
und viele weitere Beiträge

Jahrgang 2011/2012

41



S. Hirzel Verlag

Scheidewege

Jahresschrift für skeptisches Denken

Herausgegeben von der
Max Himmelheber-Stiftung

Jahrgang 41 · 2011/2012



S. Hirzel Verlag

Scheidewege

Jahresschrift für skeptisches Denken

Herausgeber:

Max Himmelheber-Stiftung gemeinnützige GmbH, Reutlingen,
in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Sauer

Redaktion:

Michael Hauskeller, Stephan Prehn, Walter Sauer

Anschrift von Redaktion und Stiftung:

Scheidewege, Heppstraße 110, 72770 Reutlingen

Telefon: 0 71 21/ 50 95 87; Fax: 0 71 21/ 55 07 76

E-Mail: Redaktion_Scheidewege@t-online.de

Internet: www.scheidewege.de

Von der Einsendung unverlangter Besprechungsexemplare bitten wir abzusehen; für die Rücksendung wird keine Gewähr übernommen. Redaktion und Verlag haften nicht für unverlangt eingereichte Manuskripte.

ISSN 0048-9336

ISBN 978-3-7776-2160-9

Verlag:

S. Hirzel Verlag, Birkenwaldstraße 44, 70191 Stuttgart

Telefon: 07 11/ 25 82-0; Fax: 07 11/ 25 82-2 90

E-Mail: service@hirzel.de

Internet: www.hirzel.de

Alle in dieser Jahresschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung des Werkes, oder Teilen davon, außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© 2011 Max Himmelheber-Stiftung, Reutlingen

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany

Einband: Lachenmaier, Reutlingen

Diethart Kerbs

Baustellen und Bürgerproteste

Es herrscht Unruhe in Deutschland. Die Bürger gehen in Massen auf die Straße und demonstrieren. Neben den Gefahrenpotentialen der Atomindustrie sind es besonders einige Großbaustellen, an denen der Protest sich entzündet hat. Einige davon werden in der Bevölkerung bereits als „Wahnsinnsprojekte“ bezeichnet.

Baustellen

Eine Auswahl solcher Großbaustellen und umstrittenen Bauprojekte soll hier kurz vorgestellt werden:

1. Der Teilabriss und Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, von den Befürwortern als Verkehrsverbesserungsprojekt angepriesen, von den Gegnern als gigantisches Bodenspekulations- und Stadtumbauprojekt kritisiert. Hier tritt die Landesregierung ihr eigenes Denkmalschutzgesetz mit Füßen, dessen Einhaltung durch die Untertanen sie andererseits von ihren Beamten streng überwachen lässt.¹
2. Ebenfalls in Baden-Württemberg: Das älteste noch funktionsfähige Großwasserkraftwerk der Welt steht (jetzt muss man wohl sagen: stand) in Rheinfelden an der Schweizer Grenze. Es war ein Glanzstück deutscher Industriearchitektur, nach einer Idee von Walter Rathenau 1898 erbaut, das selbstverständlich auch unter Denkmalschutz stand. Ein neues Kraftwerk stromaufwärts hat seinen Betrieb bereits aufgenommen, es soll 2011 ans Netz gehen. Eine 2007 gegründete schweizerisch-deutsche Bürgerinitiative, die das alte Kraftwerk zum Weltkulturerbe erklären lassen wollte, kämpfte auf verlorenem Posten.² Am 27.7.2010 wurde das Kraftwerk stillgelegt, am 1.12.2010 begann der Abriss. Wenn dieser Artikel erscheint, wird von dem eindrucksvollen Bauwerk nichts mehr zu sehen sein.

3. Im Haselbachtal im Südschwarzwald nahe Bad Säckingen ist ein riesiges Pumpspeicherkraftwerk geplant, für das eine Bergkuppe gesprengt und eine 76 Meter hohe Talsperre gebaut werden soll. Das Tal würde dann geflutet werden, die bisher weitgehend unangetastete Wald-Landschaft großflächig verändert. Es sind vor allem die „Zugezogenen“, die sich dagegen engagieren, „vielleicht, weil viele von ihnen wegen der Schönheit der Landschaft hierher gezogen seien, die sie jetzt bedroht sehen“³. Ein Phänomen, das sich auch in anderen Regionen beobachten lässt.
4. Der allseits bekannte Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in Dresden, dessen Neubau die Stadt Dresden den Welterbetitel für das Elbtal kostete. Es hat nichts geholfen, dass sich einige Gegner dieses Landschaftszerstörungs-Projekts in den Baumkronen der Buchen, die im Wege standen, festgekrallt hatten. Die Buchen sind gefällt, die Brücke steht bereits.⁴
5. Einen weiteren Konflikt mit der Welterbe-Kommission der Unesco gab es um eine geplante Brücke quer durch das Mittelrheintal bei St. Goar. Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz behauptete, das Welterbekomitee habe nichts gegen diese Brücke, gegen die es aber bereits Gutachten von ICOMOS und Einsprüche von Bürgerinitiativen gab. Auch die „Grünen“ verlangten, dass anstelle der Brücke der Fährbetrieb als lebendiges Kulturerbe erhalten und verbessert wird.⁵ Nun wollen sie sich nach der Wahl vom 27.3.2011 an einer Regierung beteiligen, für die der Bau dieser Brücke bereits entschieden war. Nach den Koalitionsverhandlungen wurde der Plan jedoch im Mai 2011 zu den Akten gelegt.
6. Ebenfalls mit Unterstützung der bisherigen Landesregierung wird eine 1,7 Kilometer lange und 160 Meter hohe Beton-Brücke über die Mosel geplant, mitten im schönsten Weinbaugebiet bei Ürzig. Dadurch soll die Autobahn B 50 – also die Route vom Seehafen in Rotterdam zum Flughafen in Frankfurt – angeblich um 20 Minuten schneller gemacht werden.⁶ Eine „International Riesling Rescue“-Initiative hat bereits eine Petition für die Rettung der Weinberge beim Deutschen Bundestag eingereicht. In den Koalitionsverhandlungen von Anfang Mai 2011 haben SPD und Grüne beschlossen, dass die Hochbrücke über die Mosel weitergebaut werden soll, während auf die Brücke durch das Mittelrheintal verzichtet werden soll. Nach den Koalitionsverhandlungen erklärte die Vorsitzende der Grünen, die Moselhoch-

brücke sei die „größte Kröte“ gewesen, die sie hätten schlucken müssen. Nun demonstrieren die Anhänger der Grünen mit denselben Plakaten, mit denen sie vor der Wahl gegen den Brückenbau demonstriert hatten, gegen die eigene Partei.

7. Seit 34 Jahren kämpft eine Bürgerinitiative gegen eine Autobahn durch das Isental, südlich von München. Obwohl eine von ihr vorgeschlagene Alternativstrecke von den Behörden als „eindeutig günstiger“ beurteilt wurde, hat der Bayerische Landesgerichtshof entschieden, dass der Bau der A 94 durch das Isental „rechtlich zulässig“ sei. Ob er auch sinnvoll ist, wollte das Gericht nicht entscheiden. Also wird jetzt gebaut werden.⁷
8. Immer wieder werden auch die schon mehrfach abgelehnten Pläne zur Kanalisierung von Donau, Elbe und Saale hervorgeholt. Dabei geht es um die Verwandlung von naturnahen Flusslandschaften in Betonsäрге für den Verkehr mit Großlastschiffen. Jedes Mal müssen die Umweltschutzverbände erneut dagegen protestieren.⁸ Vorbild solcher Pläne ist der Rhein-Main-Donau-Kanal, ein Lieblingsprojekt von Franz-Josef Strauß, durch welches die bis dahin unversehrte Naturlandlandschaft des Altmühltals auf weiten Strecken zerstört wurde. Dieser Kanal wird heute sehr viel weniger befahren als seinerzeit zur Begründung der Investitionen behauptet wurde.
9. In Hamburg entsteht das Prestigeprojekt der „Elbphilharmonie“, eine riesige Konzerthalle, die einem historischen Speicher wie ein Hut aufgesetzt werden soll. Es wird bereits als „Neuschwanstein an der Elbe“ verspottet, während die Kosten ins Unermessliche steigen. Der Oberbürgermeister und die Kultursenatorin von Hamburg sind vorsichtshalber bereits zurückgetreten.⁹ Inzwischen haben die Landtagswahlen der SPD, die bis dahin in der Opposition war, einen spektakulären Wahlsieg beschert. Wie sie nun im Besitz der absoluten Mehrheit mit dem Erbe des halbfertigen Bauprojekts umgehen will, ist bislang offen.

All diesen Projekten ist gemeinsam, dass Geld offenbar keine Rolle spielt. Es scheint in solchem Überfluss vorhanden zu sein, dass schon gar nicht mehr mit realistischen Preisen kalkuliert, sondern mit Millionensteigerungen in unbekannter Höhe während des Baus gerechnet wird. Die Planer sind offenbar davon überzeugt, dass sie die gesamten Mehrkosten dem Staat, also dem Steuerzahler aufbürden können.

Soweit es sich dabei um Verkehrsprojekte handelt, ist die Begründung stets der Zeitgewinn. Für 4,3 Milliarden Euro acht Minuten schneller von Stuttgart nach Ulm: Kein Bürger wurde je gefragt, ob er das will. Das haben die Politiker und die Baukonzerne unter sich ausgemacht. Stuttgart 21 ist nur die Spitze eines Eisberges von Bauvorhaben, die hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurden und von denen die Bürger Genaueres erst erfahren, wenn die Bagger schon rollen.

In der Regel ist so ein riesiges Bauprojekt bereits vor vielen Jahren in einem kleinen Kreis von Politikern und Baumanagern verabredet und beschlossen worden. Dann muss nur noch gegen alle Bedenken und Einwände daran festgehalten werden. Seit 1992 plante die Bahn den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof. Am 18. April 1994 gingen der Bahnchef Heinz Dürr, der Ministerpräsident Erwin Teufel, der Stuttgarter Bürgermeister Erwin Rommel und der damalige Verkehrsminister Herrmann Schauffler damit an die Öffentlichkeit. Sie sind heute alle nicht mehr im Amt.

Der neue Berliner Großflughafen in Schönefeld ist am 28. Mai 1996 in einem Dreiergespräch von Verkehrsminister Wissmann, dem Berliner Bürgermeister Diepgen und dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe beschlossen worden. Die sind inzwischen ebenfalls alle im Ruhestand. Jetzt erst kommt heraus, in welchen Dimensionen der neue Großflughafen geplant ist und über welche Wohngebiete die Einflugschneisen gelegt werden sollen. Nun beginnen die Betroffenen, sich dagegen zu organisieren und zu artikulieren. Das offizielle Kürzel „BBI“ für den Flughafen wird von den Bewohnern der umliegenden Gemeinden als „Belogen, Betrogen, Ignoriert“ übersetzt.¹⁰ Ein Motto, das auch die Betroffenen mancher anderen Großbaustellen für sich reklamieren könnten.

Die Politiker, die solche Bauvorhaben beschließen und verkünden, standen bisher offensichtlich unter keinem Rechtfertigungsdruck. Der Beifall der Industrie, vor allem der Betonindustrie, und der Banken genügte ihnen anscheinend vollkommen, um dabei ein gutes Gewissen zu haben. Dass gleichzeitig die Armut im Lande zunimmt, dass Sozialleistungen gekürzt werden und das Bildungswesen sich in einem miserablen Zustand befindet, ficht sie offensichtlich nicht an. Die Bürger hingegen, vor allem die Gebildeten unter ihnen, fühlen sich mehr und mehr von solcher Politik überfahren. Die Pläne erreichen meist erst dann das Licht der Öffentlichkeit, wenn alles bereits in trockenen Tüchern ist. Ein-

spruch und Kritik kommen in der Regel zu spät und werden dann von den Regierenden abgeschmettert.¹¹ Zuerst heißt es: Dieser Bau ist absolut notwendig. Dann heißt es: Wir haben Verträge gemacht, an die sind wir gebunden. Die Planungen sind bereits so weit fortgeschritten, dass jeder Einspruch sinnlos ist. Und schließlich, wenn das alles nicht überzeugt, wird behauptet: Es ist bereits viel zu viel Geld investiert worden. Soll das jetzt etwa in den Sand gesetzt werden?

Bürgerproteste

Wenn es dann überhaupt zu Klagen und Gerichtsverhandlungen kommt, werden die Bürgerproteste abgewiesen: „Gerichte hinterfragen nicht den Sinn oder Unsinn eines Projekts, sondern die Rechtmäßigkeit des Verfahrens.“¹² Offensichtlich stehen die Richter stets auf der Seite der politisch und wirtschaftlich Mächtigen, sie benutzen ihren juristischen Sachverstand nur, um die obrigkeitliche Planung gegen die Einwände der Untertanen abzuschirmen. Irgendwann schlägt dann deren „wutgespeiste Apathie“ in eine „nicht mehr resignierende Wut“ um: Die Leute gehen auf die Straße, obwohl ihnen erklärt wurde, ihr Protest käme zu spät und sei zwecklos. Der „Wutbürger“ wurde zum „Wort des Jahres 2010“ erklärt.

Es ist kein Zufall, dass der Protest sich am heftigsten in Stuttgart manifestierte. Hier liegt die Großbaustelle nicht irgendwo weit entfernt in der Landschaft, sondern mitten im Herzen der Stadt. Der vertraute alte Hauptbahnhof wird abgesperrt, mit seinem Abriss wurde bereits begonnen, im nahen Schlosspark werden zweihundert Jahre alte Bäume gefällt. Was folgen soll, sind die totale Umkämpfung des Bahnhofsviertels und der Neubau einer Megacity aus Einkaufszentren, Bürohochhäusern und Luxushotels. Ob die Stadt dann noch wieder zu erkennen sein wird, steht dahin. Vom Zug aus wird sie ohnehin nicht mehr zu sehen sein, weil der gesamte Bahnverkehr einschließlich des neuen Hauptbahnhofs in Betonröhren unter die Erde verlegt werden soll. Dass es dort schon ein ganzes Netz von Tunnelbauten, unterirdischen Kanälen und wasserführenden Gesteinsschichten gibt, scheint den Ehrgeiz der Bauherren nur noch anzustacheln.

Es ist nicht allein der Fetischismus der Geschwindigkeit, auch nicht die Gigantomanie und die Selbstherrlichkeit der Politiker, die hinter sol-

chen Mammutprojekten stehen. Die wirklichen Gründe sind wie so oft keine subjektiven. Ein anderer Regierungschef hätte vielleicht keinen so brutalen Polizeieinsatz wie den des 30. Oktober 2010 in Stuttgart befohlen, ein anderer Schlichter hätte vielleicht weniger geschickt die Illusion der Chancengleichheit zwischen Gegnern und Betreibern des Neubaus erzeugen können, – das Endergebnis wäre das Gleiche gewesen: Es muss gebaut werden, koste es, was es wolle. Ob das nun nach dem Regierungswechsel in Stuttgart dabei bleibt, wird sich zeigen müssen.

Die objektiven Gründe liegen im Wirtschaftlichen. Erstens: Geld gibt es tatsächlich mehr als genug. Es liegt bei den Banken und lechzt nach Anlage. Das System der „leistunglosen Geldvermehrung“, wie es von Günther Moewes unermüdlich beschrieben wird¹³, bringt immer neue Großvermögen hervor, die gewinnbringend angelegt und vermehrt werden wollen. Zweitens: Es geht offensichtlich darum, dass möglichst viel Beton verbaut wird. Längere Tunnel und größere Brücken werden nicht selten gegenüber preiswerteren ebenerdigen Alternativen bevorzugt. Die Betonkonzerne haben das Know-how, die Maschinen und die Arbeitskräfte, sie verlangen nach Großaufträgen. Seit der Bankenkrise hat man sich in Regierungskreisen offensichtlich daran gewöhnt, dass den Bürgern alles zugemutet werden kann, wenn die Zahlen nur so unvorstellbar groß sind, dass niemand mehr durchblickt, selbst die nicht, die solche Transaktionen zu verantworten haben.

Drittens: Die Bevölkerung schrumpft. Es gibt genügend Wohnraum in Deutschland, in manchen Regionen wird er bereits „vom Markt genommen“, d.h. abgeräumt.¹⁴ In der ehemaligen Industriestadt Suhl in Thüringen steht ein riesiger Wohnkomplex aus der DDR, in dem einmal 13.000 Menschen lebten, vor dem Abriss. Seit Jahren werden keine Trabantenstädte und Wohnhochhäuser mehr gebaut. Die Bauindustrie muss sich anderswo ihre Aufträge suchen oder den Staat zu gigantischen Bauvorhaben drängen.

Viertens: Bisher konnte man davon ausgehen, dass dank der deutschen Atomkraftwerke genügend Energie vorhanden ist, um Zement, Beton und Stahl, die bereits zu ihrer Herstellung enorme Mengen von Strom verbrauchen, zu produzieren. Nun wachsen in der Bevölkerung die Zweifel daran, ob das so sinnvoll ist, eben weil an all diesen Bauvorhaben indirekt auch die vier großen deutschen Stromkonzerne beteiligt sind. Und von denen weiß man ja, dass sie ihre marktbeherrschende Stellung immer wieder zu Strompreiserhöhungen nutzen.

Der Stuttgarter Aufstand hat ein ganzes Bündel verschiedener Ursachen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Bürger fühlen sich zunehmend bevormundet und enteignet. Sie fühlen sich in ihrer Zeitheimat und in ihren Städten nicht mehr heimisch. Es ist, wie wenn sie gleichzeitig in verschiedenen Epochen leben sollten: in einer seit langem vertrauten Gegenwart und in einer undurchschaubaren, bedrohlichen Zukunft. Sie haben den Eindruck, dass die wirtschaftlich und politisch Mächtigen sich der Ressourcen des Landes nach Gutdünken bedienen und die vertrauten Orte rücksichtslos zerstören, ausschachten und überbauen, wie es ihnen gefällt. Ob die Bürger sich dann noch zurechtfinden und zuhause fühlen, scheint den Verantwortlichen egal zu sein.

Erfahrungen

Alle Deutschen, die 1990 schon älter als 15 waren, haben in den vergangenen zwanzig Jahren vier wesentliche Erfahrungen über den Zusammenhang von Politik und Wirtschaft machen können. Diese bilden den Horizont, vor dem sich die Proteste gegen die genannten Großbaustellen entfalten.

Wir alle haben erfahren können, welche Folgen die Privatisierung einst staatlicher Betriebe wie der Bahn, der Post, von Krankenhäusern, Elektrizitätswerken und Wasserwerken für das Alltagsleben großer Teile der Bevölkerung haben kann. Die Preise sind gestiegen, die Leistungen wurden eingeschränkt, Mitarbeiter wurden entlassen und das verbleibende Personal einem stärkeren Leistungsdruck unterworfen. Manche Dienstleistungen wurden gleich ganz oder teilweise gestrichen. Da sitzt eine ältere Dame glücklich in der Bahn, nachdem sie am Vortag extra zum Bahnhof gegangen war und nach 35 Minuten Wartezeit endlich eine Fahrkarte (im wahrsten Sinn des Wortes) erstanden hatte. Sie wundert sich, dass ein Mitreisender anstelle der Fahrkarte einen großen Zettel vorweist, den er, wie er sagt, an seinem Computer selber gedruckt habe. „Das können Sie auch“ sagt der freundliche junge Herr. „Nein, das kann ich leider nicht“, sagt die Dame. „Ja, haben Sie denn keinen Sohn? Na, dann sehen Sie wirklich alt aus!“ Derartige Erfahrungen hält das moderne Leben seit der Privatisierungswelle für ältere Menschen reichlich bereit.

Es soll schon alte Ehepaare geben, die sich einen zweiten, einfacher zu bedienenden Fernsehapparat gekauft haben, weil sie sich schämten zuzugeben, dass sie mit der Fernbedienung nicht zurechtkamen. Die Industrie erfindet und verkauft ständig neue Geräte, deren Bedienungsanleitungen oft nur noch in Englisch (oder in einer englisch-deutschen Geheimsprache) verfasst sind. Sie geht davon aus, dass jeder, der so etwas erwirbt, irgendeinen jüngeren Menschen kennt, der solange damit herumspielen kann, bis er begriffen hat, wie das Ding funktioniert. Die Lernschwierigkeiten des Alters sind das Eine, aber die Zumutungen der privatisierten und globalisierten Wirtschaft sind das Andere. Wer keinen Computer hat oder dem Online-Banking misstraut, muss dann eben, nachdem mehr als die Hälfte der Postfilialen geschlossen wurde, zu dem jetzt weiter entfernten nächsten Postamt fahren, wenn er eine Beratung zu seinem Postspargbuch braucht. Die Post aber verkauft ihre hundert Jahre alten Zweigstellen und richtet in Zeitungsläden und Zigarettengeschäften neue Kleinstfilialen ein. Das dient der Kostenreduzierung, also letzten Endes dem Profit.

Hinzu kommt, dass die Behörden ebenso wie die privatisierten Unternehmen einen immer größeren Teil ihrer Dienstleistungen an die Kunden auslagern und dabei selbstverständlich voraussetzen, dass jeder, der etwas von ihnen will, einen Computer besitzt und den auch bedienen kann. Jede staatliche Dienstleistung – ob man z. B. eine Kopie seiner eigenen Geburtsurkunde oder einen neuen Personalausweis haben will – muss vom Bürger extra bezahlt werden. Bund, Länder und Gemeinden kassieren bereits heute jährlich 555 Milliarden Euro von den Bürgern. Das soll bis auf 631 Milliarden Euro im Jahr 2014 erhöht werden, obwohl der Staat aufgrund der guten Wirtschaftslage gleichzeitig über Milliarden Mehreinnahmen verfügen kann. Die Zumutungen werden gerechterweise auf alle Bürger – Arme wie Reiche – gleichmäßig verteilt werden. Die Reichen werden es verkraften, die Armen nicht artikulationsfähig sein. Darauf rechnet die Politik.

Inzwischen haben die negativen Erfahrungen mit der Privatisierung und der Public-Private-Partnership (PPP) dazu geführt, dass etliche Kommunen die von ihnen veräußerten städtischen Betriebe zurückgekauft haben, oft zu überhöhten Preisen. Allmählich konnte jeder, der sich überhaupt informieren wollte, erfahren, was es mit der „Wunderwaffe zur Sanierung der kommunalen Finanzen“ PPP auf sich hatte.¹⁵ Nachdem es in England zu mehreren tödlichen Unfällen infolge schlecht

gewarteter Strecken gekommen ist, musste der englische Staat die privatisierten Bahnanlagen zurückkaufen. Wie die Deutsche Bundesbahn mit den Wetterverhältnissen (der extremen Hitze im Sommer, der Kälte im Winter) fertig wird, konnte man im Jahre 2010 hautnah erleben. In Berlin sollen jetzt endlich die Geheimverträge offen gelegt und rückgängig gemacht werden, mit denen die Stadt ihre Wasserversorgung an Privatinvestoren weggegeben hatte.

Mit der Privatisierung des Fernsehens hatte die Privatisierungswelle in den achtziger Jahren begonnen. Damit konnte das Fernsehen endgültig zur Volksdroge mit seichten Angeboten auf bis zu 40 Sendern ausgebaut werden. Welche Folgen das für die politische Einschläferung großer Teile der Bevölkerung in der ehemaligen DDR und in den Armenvierteln des Westens hatte, ist noch nicht erforscht. Es folgte 2000 die Privatisierung der Post. Die Machenschaften des Herrn Mehdorn, der auch die Deutsche Bundesbahn an die Börse bringen wollte, konnten gerade noch ausgebremst werden. Aber die Folgen seiner Politik für den Bahnverkehr bekommt die Bevölkerung bis heute zu spüren.

Eine zweite Erfahrung der letzten zwanzig Jahre, die viele Westdeutsche nur am Rande mitbekommen haben, die aber die Bürger der DDR sehr massiv machen mussten, war die Zerschlagung der ostdeutschen Wirtschaft und die Überführung des früheren Volkseigentums in westdeutschen Privatbesitz. Mit der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 hatte die Regierung Kohl sich die Zustimmung der DDR-Bevölkerung zur Auslieferung der DDR-Industrie an die westdeutsche Wirtschaft erkaufte. In der Folge wurden die „volkseigenen“ Betriebe der DDR privatisiert, nicht selten an Betrüger und Spekulanten vergeben. Die so genannte „Treuhand“ verscherbelte das ehemalige Volkseigentum der DDR, Felder und Wälder, Häuser und Höfe, Wohnviertel und Fabriken.¹⁶ Die ostdeutsche Industrie wurde größtenteils „abgewickelt“, zu kleineren Teilen in eine verlängerte Werkbank des Westens umgewandelt. Gleichsam über Nacht eroberten westdeutsche Einkaufszentren (Penny, Lidl, Netto, Sky, Aldi, Famila, Edeka, Metro, OBI etc.) den gesamten ostdeutschen Markt. Die westlichen Gebrauchtwagenhändler machten das Geschäft des Jahrhunderts. Wer jetzt noch kein Auto hat, ist in manchen Landstrichen auf die Hilfe von Nachbarn angewiesen, um überhaupt einkaufen zu können. Zwar wurden in den neunziger Jahren viele Altstädte, die bis dahin dem Verfall preisgegeben waren, gerettet und zu beachtlichen Teilen vorbildlich saniert. Gleichzeitig muss-

ten arbeitsfähige jüngere Menschen in Scharen das Land verlassen und im Westen um Arbeit nachsuchen. In den schönsten Städten, zu denen Zittau und Görlitz, Bautzen und Stendal, Güstrow und Halle gehören, stehen heute bis zu 30% aller Wohnungen leer. In Chemnitz werden gut erhaltene Gründerzeit-Quartiere abgerissen. Für viele leer stehende Wohnblöcke, aber auch für so manche bis heute intakt erhaltenen Bauten des 16. bis 19. Jahrhunderts steht der Abriss unmittelbar bevor, so z. B. in Zittau für zehn historische Häuser am Mandauer Berg, direkt unterhalb des prachtvollen Marktplatzes. Die Wohnbaugesellschaften erhalten staatliche Subventionen für den Abriss ganzer Stadtquartiere.¹⁷ Politik und Wirtschaft haben sich mit stillschweigender Billigung der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit damit abgefunden und darauf eingestellt, dass es nun im Osten einen deutschen „Mezzogiorno“ gibt, einen Landesteil, der abgehängt und ausgesaugt ist, in dem sich nichts mehr tut, mit ländlichen Regionen, wo bereits halbe Dörfer leer stehen und die Wölfe zurückkehren.¹⁸ Die Segregation (Entmischung) nimmt überall zu, die Unterschiede zwischen den prosperierenden und den verarmenden Stadt- und Landesteilen wachsen.¹⁹ Wir nähern uns den Verhältnissen wie sie z. B. seit langem in den USA herrschen.

Strafverschärfend kommt hinzu, dass seit etwa drei Jahren einige der nach 1990 eingeführten Strukturverbesserungen wieder zurückgebaut werden. Ortschaften und Landkreise werden zusammengelegt, Dienststellen und Ämter eingekürzt und an wenigen Orten konzentriert. Die Folge ist, dass die Verwaltung den Bürgern immer ferner rückt und immer schlechter für sie zu erreichen ist. Nachdem schon die Bundesbahn viele Bahnhöfe stillgelegt und sofort alle Schilder abmontiert hatte, so dass man, wenn man mit der Eisenbahn durchs Land reist, gar nicht mehr erfahren darf, an welchen Orten man vorbeifährt (oder auch: damit man nicht erfahren kann, welche und wie viele Bahnhöfe stillgelegt wurden), sollen nun auch noch ganze Orte ihre traditionsreichen Namen verlieren. Sieben bis zehn Dörfer werden ihrer Identität beraubt und der nächsten Kleinstadt zugeschlagen. Regionen, die schon unter Abwanderung und Bevölkerungsschrumpfung leiden, werden durch solche semantische Enteignung zusätzlich bestraft. Im Deutschen Historikerverband wird bereits über das Problem des „Verschwindens“ jahrhundertalter Ortsnamen diskutiert.

Das dritte Großereignis, das nun wirklich kaum einem Bürger verborgen bleiben konnte, war die Finanzkrise, in deren Folge der deutsche

Staat den Banken, die sich verspekuliert hatten, Milliarden in den Rachen warf. Was von den verantwortlichen Politikern dem staunenden Volk als selbstlose Rettungsaktion verkauft wurde, war keineswegs von allen Bürgern verstanden und gebilligt worden. Nicht Wenige sahen darin nur einen weiteren Beweis für die Komplizenschaft der führenden politischen Parteien und ihrer Regierungen mit der Wirtschaft, in diesem Falle mit dem Bankgewerbe. Alle drei Entwicklungen konnten oder mussten von einem Großteil der deutschen Bevölkerung mindestens wahrgenommen, oft genug intensiv erlebt und nicht selten erlitten werden. Alle drei waren aber nicht geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zu stärken.

Jetzt kommt als vierte Erfahrung die Katastrophe des Atomkraftwerks von Fukushima hinzu, die hierzulande zwar nur als Medienereignis zu erleben war, die aber gleichwohl viele Menschen auf die Straßen und an die Wahlurnen getrieben hat. In der Folge ist es zu dramatischen Verschiebungen im Parteiengefüge gekommen. Die Bundesregierung musste ihr exklusiv mit der Atomindustrie ausgehandeltes Abkommen auf Eis legen. Zur Strafe für die Bürgerproteste gegen die Laufzeitverlängerung droht sie dem aufsässigen Volk nun mit steigenden Strompreisen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Reaktorkatastrophe von Fukushima als ein welthistorisches Ereignis bezeichnet: Innerhalb von 25 Jahren das zweite Desaster von einem Ausmaß, von dem die Befürworter der Atomkraft stets behauptet hatten, dass es allenfalls, wenn überhaupt, alle 25.000 Jahre einmal passieren könne. Pünktlich zum 25. Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl ist es jetzt weltweit im Fernsehen mizuerleben. Beide „Unglücksfälle“ haben unzählige Menschenleben gekostet und große Gebiete atomar vergiftet. Das hat auch in Deutschland die politische Landschaft verändert. Nun geht es um die Frage, wie nachhaltig die politische Veränderung sein wird, das heißt um die Frage, ob nun die Kooperationsgemeinschaft der bisher Regierenden mit den Mächtigen in Industrie und Wirtschaft generell hinterfragt wird, oder ob es gleichwohl bei allen bereits eingeleiteten Planungen bleibt.

Dahinter steht die grundsätzliche Frage, ob die Techniker und die Unternehmer, die dergleichen Vorhaben projektieren und ausführen, die daraus ihr Selbstbewusstsein und ihren Profit ziehen, dann im Falle einer Großkatastrophe auch die volkswirtschaftliche, die soziale und die moralische Verantwortung dafür übernehmen werden. Ob sie das überhaupt können oder ob sie dann einfach sagen werden „Tut uns leid, Pech

gehabt.“ Wer wird zum Beispiel dafür einstehen, wenn das französische Atomkraftwerk in Cattenom nahe der deutschen Grenze explodiert und bei Westwind das gesamte Gebiet von Saarbrücken bis nach Darmstadt und Frankfurt verstrahlt (also unbewohnbar) wird? Es ist zu erwarten, dass alle Nutznießer und Verantwortlichen einschließlich des französischen Staates dann sofort den Konkurs anmelden und sich aus ihrer Rechenschaftspflicht verabschieden werden.

Aussichten

Was können wir tun? Ja, natürlich, sobald wie möglich eine andere Regierung wählen. Andere Parteien an die Macht bringen, im Bund und in den Ländern. Das ist es, was gerade in Hamburg und Baden-Württemberg geschehen ist. Ob diese anderen Regierungen dann auch wirklich eine andere Politik machen werden, bleibt abzuwarten.

Freilich genügt es nicht, alle vier Jahre sein Kreuz auf einem Wahlschein zu machen. Auch die nächste Regierung wird sofort von den Lobbyisten umarmt und umgarnt werden und wenn sie sich dagegen sträubt, alsbald von den Banken, der Industrie und der Wirtschaft unter Druck gesetzt werden. Man muss schon sehr viel Charakter, Klugheit und Erfahrung mitbringen, wenn man sich dem ganzen Register aus Verführung, „Beratung“ und Erpressung gewachsen zeigen will, das dann auf jeden Abgeordneten, jeden Minister, jeden Amtsinhaber angesetzt wird.²⁰ Ohnehin glauben in Deutschland viele Politiker nicht, irgendetwas wirklich verändern zu können.²¹

Um es deutlich zu sagen, was sehr viele längst spüren: Das Volk wird den Regierenden nicht vertrauen können. Es konnte es nie und es wird es auch künftig nicht können, gleichgültig welche Vertreter ins Amt gewählt wurden.

Jede neue Regierung wird spätestens nach zwei Jahren von den Mächtigen in Industrie und Wirtschaft, die international vernetzt sind, weichgeklopft und eingewickelt sein, alle guten Vorsätze werden löchrig, alle Charakterfestigkeit wird morsch werden. Das können wir vorher wissen. Wir müssen nicht darauf warten, diese Erfahrung noch einmal machen zu dürfen. Es genügt nicht, alle vier Jahre einmal zur Wahl zu gehen und sich dann zur Ruhe zu setzen, in der Hoffnung, dass nun alles anders wird.

Selbstverständlich müssen wir trotzdem wählen gehen und unter denen, die sich darum bewerben, unsere Volksvertreter zu werden, die Vertrauenswürdigsten auswählen. Jede Wahl ist eine Gelegenheit, Politiker und Parteien zur Rede zu stellen, zur Rechenschaft zu ziehen, ihnen die Meinung zu sagen und sie notfalls auszuwechseln. Wir dürfen es niemandem erlauben, und sei er noch so jovial, sich im Besitz der politischen Macht über mehr als vier Jahre sicher zu fühlen. Das Volk könnte, wenn es denn wollte, jeder Wahl eine große Aussprache, eine Abrechnung vorausgehen lassen. Es könnte Gericht halten über die scheidenden Volksvertreter und Erwartungen formulieren an die kommenden. Der große Disput, der jede Wahl, egal auf welcher Ebene, begleiten müsste, könnte fast wichtiger sein als das Wahlergebnis selbst. Weil das demokratische Bewusstsein sich in den Debatten und Diskursen konstituiert. Und weil es nach einer jeden Wahl darauf ankommt, dass das Volk den Politikern auf die Finger schaut und notfalls auch klopft.

Notwendig wäre eine aufgeklärte und aufklärende Berichterstattung in den Medien. Jede Zeit und jede Gesellschaft hat ihre herrschenden Medien und ihre weniger herrschenden. Das wichtigste Medium, mit dem heute in jedes Wohnzimmer hinein regiert werden kann, ist bei uns das Fernsehen. Es ist aber zugleich das oberflächlichste. Politische Sendungen, vor allem solche, in denen ausnahmsweise ein wenig Kritik geübt werden darf, finden dort in der Regel erst nach 22 Uhr statt, wenn die arbeitende Bevölkerung schon zu Bett gegangen ist. Im Rundfunk, sofern er sich nicht auf „Dudelfunk“ beschränkt, sind brauchbare politische Informationen schon eher zu sozialverträglicheren Sendezeiten zu finden. Hier gibt es inzwischen auch verbesserte Möglichkeiten der Hörer-Nachfrage und -Teilhabe. Wer sich wirklich ein Urteil bilden möchte, ist jedoch auf dauerhaftere Medien angewiesen, die dem Bürger eine größere Zeitsouveränität gewähren, vor allem auf qualitätsvolle Zeitungen.

Aber auch hier genügt es nicht, sich auf die angebotene Information zu verlassen. Das Fernsehen kann man wohl vergessen, aber auf die Qualität der Presse können die Bürger Einfluss nehmen. Man sollte in allen größeren Städten der Republik einen „Club der kritischen Zeitungsleser“ gründen, wo die Zeitungen mit einander verglichen, kritisiert und gelobt werden, wo die Ansprüche der Leser formuliert und diskutiert werden können. In den Schulen müsste das Zeitunglesen geübt, zum Zeitunglesen angeleitet werden. Ein politisch aufgeklärtes Volk braucht gute Zei-

tungen, eine verlässliche Tagespresse und Zeitschriften, in denen Hintergründe und Zusammenhänge erklärt werden. Deshalb muss für die Zeitung als Medium gekämpft und geworben werden. Eine qualitativ hoch stehende Presse könnte die „vierte Macht“ im Staate sein, die das Volk informiert und den Regierenden einen Spiegel vorhält. Leider stehen die Chancen dafür in Deutschland gegenwärtig nicht besonders gut.

Unverzichtbar für die Demokratie sind deshalb unabhängige politische Assoziationen, Bürgerinitiativen und Vereine. Und zwar solche, die gelernt haben, dass sie selbstständig bleiben müssen, wenn sie fähig sein wollen, Politik dauerhaft zu kritisieren und zu korrigieren. Um die Erhaltung und Wiederherstellung unserer Altstädte wird seit vierzig Jahren von örtlichen Bürgerinitiativen gekämpft, die anfangs nur von wenigen Einzelnen gegründet und unterstützt wurden. Organisationen wie Attac, Greenpeace und Robin Wood mischen schon seit langem kräftig in der Politik der Bundesrepublik mit, Netzwerke wie Campact und avaaaz oder die „Nachdenkseiten“ tragen zur Aufklärung und Meinungsbildung bei.²² Überhaupt sind durch das Internet die Möglichkeiten der politischen Information und Kommunikation in den letzten zwanzig Jahren stark gewachsen. Dort kann man nun schon einiges von dem erfahren, was selbst die so genannten „seriösen“ Zeitungen (oft aus Rücksicht auf ihre Anzeigenkunden) schon nicht mehr berichten.

In den politischen Bewegungen der letzten Jahre – von den Hausbesetzern über die Castor-Blockierer bis zu den Kämpfen um den Stuttgarter Hauptbahnhof – hat sich eine Kultur von Aktionsgruppen herausgebildet, in denen sich sehr unterschiedliche Menschen zusammenfinden. Sie verabreden sich aus gegebenem Anlass zu gemeinsamen Demonstrationen und Aktionen, wie z. B. gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Da es dabei nicht selten zu Konfrontationen mit hoch gerüsteten innerstaatlichen Streitkräften kommt, in denen der Einzelne leicht Schaden nehmen kann, bilden sich kleinere Bezugsgruppen, die gemeinsame Erkennungssignale, Treffpunkte und Vorgehensweisen vereinbaren. Je gefährlicher die Auseinandersetzungen werden können, desto notwendiger sind eigene Sanitäter und Ärzte, Rechtsanwälte und Kommunikationsnetze. Solche Bezugsgruppen, die selten mehr Mitglieder haben als sich gegenseitig auch in turbulenten Situationen im Auge behalten können, dienen nicht nur der gegenseitigen Hilfe in Gefahren, sondern vor allem im Vorfeld der Verständigung über Sinn und Ziel der Demonstration.²³ Im „Palaver“ (einer von indigenen Völkern übernommenen Diskurs-

form, in der solange über ein Vorhaben diskutiert wird, bis alle einverstanden sind) wird eine politische Bewusstmachung geübt, die keinen ausschließt. Hier hat sich – von der politischen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt – eine beachtliche Schule der Demokratie entwickelt. In den Medien – vor allem im Fernsehen, das die dramatischen Szenen sucht – wird gerne von militanten Gruppen und brutalen Polizeieinsätzen berichtet. Dabei bleibt die massenhafte Vorbereitung, gemeinsame Schulung und Selbstdisziplin der Basisgruppen einer großen Mehrheit von gewaltlosen Demonstranten oft ausgeblendet. Hier ist ein beachtliches Potential an selbstbewusst und solidarisch agierenden Menschen entstanden. Man darf darauf hoffen, dass deren Erfahrungen auch in künftigen Konflikten nutzbar gemacht werden können.

Durch die Katastrophe von Fukushima wurden über 80.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, ein Gebiet von 20 km um das havarierte Atomkraftwerk ist zur Dauersperrzone erklärt worden. Dieses tragische Ereignis hat den Protesten gegen die Castor-Transporte und für die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke eine nachträgliche Legitimation beschert. Wie sich jetzt erst zeigt, herrschte in Japan zwischen Atomindustrie und Regierungspolitik eine weitgehende Korruption. In den Kernkraftwerken gab es, wie überall, wo Menschen arbeiten, auch Schlamperie.²⁴ Woher nehmen wir die Gewissheit, dass beide – Korruption und Schlamperie – in Deutschland nicht vorkommen können? Wer wagt es noch, uns zu versichern, dass die deutschen Politiker, Manager und Techniker generell charakterfester sind als ihre japanischen Kollegen? Wie es scheint, wachsen die Zweifel daran, sogar bis in die Führungsspitzen der Regierungsparteien.

Im November 2010 waren 21.000 Polizisten aus allen Teilen Deutschlands bis zu 30 Stunden ununterbrochen im Dienst, um die Castor-Container bis nach Gorleben zu bringen. Die Polizeigewerkschaft sprach anschließend von Unmut und Erschöpfung bei den Beamten, die sich zunehmend als „Prügelknaben der Nation“ fühlten.²⁵ Wer möchte ihnen nun, da die Politik nach dem Lehrstück von Fukushima die Richtung wechselt, noch erklären, dass ihr Einsatz gegen die Atomkraftgegner notwendig war? Wer möchte sie morgen früh zum nächsten Einsatzort abkommandieren, wo Bürger einen Bauplatz oder ein Kraftwerk belagern? Wer kann ihnen garantieren, dass sie nicht wieder für kurzfristige Kraftakte von Politikern benutzt werden, die ein halbes Jahr später ihre Meinung ändern oder aus dem Amt verschwinden? Auch wenn die Polizisten

der staatlichen Weisung unterworfen sind, auch wenn sie vor den Einsätzen indoktriniert werden, auch wenn sie fluchend den Befehlen gehorchen, denen sie nicht widersprechen dürfen, es wird sich auf die Dauer nicht verhindern lassen, dass sie sich ihre eigenen Gedanken machen. Das ist ein weiterer Grund zur Hoffnung.

Nun besteht zwar kein Grund zu der Annahme, dass die Verflechtungen von Bauindustrie, Finanzwirtschaft und Politik in Deutschland als bald der Vergangenheit angehören könnten. Es bleibt jedoch die Aussicht auf eine zunehmende Bereitschaft der Bürger, sich politisch zu engagieren und sich gegen „Wahnsinnsprojekte“ jeder Art zu wehren. Wir hoffen, dass die Erfahrungen der Bürgerbewegungen dabei verarbeitet und weitergegeben werden, um in den kommenden Auseinandersetzungen fruchtbar zu werden.

Anmerkungen

- ¹ Stuttgart 21 – ein nationaler Kultur-Skandal. Pressemitteilung der „Arbeitsgemeinschaft Hauptbahnhof Stuttgart“ vom 19.8.2008. www.hauptbahnhof-stuttgart.eu.
- ² Monika Olheide: Trauriges Ende eines Kraftpakets. In: Südkurier 12.11.2010. Und: Michael Loeckx, Udo Ludwig: Anstrengender Anstieg: Für ein neues Kraftwerk will Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus ein einzigartiges Industriedenkmal abreißen lassen. In: Der Spiegel, Nr. 21 vom 22.5.2010.
- ³ Kata Kottra: Ich bin dagegen. In: Das Parlament, Nr. 1/2 vom 3.1.2011, S. 3 ; Rolf-Herbert Peters: Ökos gegen Öko. In: STERN Nr. 5, vom 27.1.2011, S. 76–83.
- ⁴ Susanne Jaeger und Anne Pfeil (Hg.): Unesco Weltkulturerbe Dresdner Elbtal, Bewahren – Vermitteln – Entwickeln. Dresden 2005.
- ⁵ Christian A. Möller: Unesco-Welterbe Mittelrheintal, Missverständnisse um „grünes Licht“ für Brückenbau. In: Kulturpolitische Mitteilungen Nr. 131 (IV/2010), S. 6.
- ⁶ Dieter Bartetzko: Zwanzig Minuten gegen zweitausend Jahre. Warum können Politiker nicht von irrwitzigen Plänen Abstand nehmen? Die Hochbrücke bei Ürzig wird die Kulturlandschaft des Moseltals zerstören. In: FAZ 21.4.2010.; Karl Doemens: Mitten durch das Himmelreich. In: Berliner Zeitung , 4.4.2011.; Ralf Beste: Frevel am Fluss, In: Der Spiegel, Nr. 8 vom 21.2.2011.
- ⁷ Sebastian Beck: „Hier können Sie praktisch nur verlieren“. Juristisch sind Großprojekte in Deutschland so gut wie nicht zu stoppen, selbst wenn gewichtige Argumente gegen sie sprechen. In: Süddeutsche Zeitung 17.12.2010. Vgl. auch <Keine Autobahn durch das Isental. youtube.com> und <wikipedia.org/wiki/bundesautobahn_94>.
- ⁸ epd: Elbe, Donau, Elster, Saale: Tausende bei Fackelaktion zum Flüsse-Schutz. In: TAZ 31.1.2011.
- ⁹ Jürgen Dahlkamp, Günther Latsch, Andreas Ulrich: Prestigebauten: Neuschwanstein an der Elbe. In: Der Spiegel, 22.3.2010.

- ¹⁰ Katrin Bischoff: „Tricks und Täuschungen“ – in Schönefeld protestieren Tausende gegen die Flugroutenpläne – und viele auch für einen Baustopp am BBI. In: Berliner Zeitung 24.1.2011.
- ¹¹ Kerstin Bund: Ausgetrickst und abgekanzelt. Wie Politiker aktiv verhinderten, dass die Bürger beim neuen Stuttgarter Bahnhof mitbestimmen. In: DIE ZEIT, 23.9.2010, S. 25.
- ¹² Sebastian Beck: „Hier können Sie praktisch nur verlieren.“ Juristisch sind Großprojekte in Deutschland so gut wie nicht zu stoppen, selbst wenn gewichtige Argumente gegen sie sprechen. In: Süddeutsche Zeitung 17.12.2010.
- ¹³ Günther Moewes: Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern. Wien & München: Signum 2004 und: www.guenthermoewes.de. Vgl. auch die Zeitschrift „Humane Wirtschaft“: www.humane-wirtschaft.de.
- ¹⁴ Diethart Kerbs: Demografie und Denkmalschutz. In: DIE GAZETTE, NR. 27, Herbst 2010, S. 63–67.
- ¹⁵ Werner Rügemeier: Privatisierung in Deutschland. Von der Treuhand zur Public Private Partnership, Eine Bilanz. Münster 2006.
- ¹⁶ Franziska Augstein: Ausverkauf der Republik. Alles muss raus: Wie die Treuhandanstalt das DDR-Volkvermögen verschleudert hat. In: Süddeutsche Zeitung 11.11.2009, S. 8.
- ¹⁷ Nur ein Beispiel: Matthias Grünzig: Im Teufelskreis. Ende der Altstadt: Geld ist in Zittau nur für Abrisse da. In: FAZ 10.1.2011.
- ¹⁸ Peter Sandmeyer: Die Wiederkehr der Wölfe. In: STERN 5/2010 vom 28.1.2010, S. 70–76. Vgl. auch: Micha Dudek: Neue Wildnis Deutschland. Wolf, Luchs und Biber kehren zurück. Ostfildern 2009.
- ¹⁹ Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller, Detlev Sträter (Hg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten. Münster 2011.
- ²⁰ Vgl. das Buch des SPD-Bundestagsabgeordneten Marco Bülow: Wir Abnicker. Berlin: Econ 2010.
- ²¹ Jan Bielicki: Machtlose Volksvertreter. Abgeordnete glauben nicht, etwas verändern zu können. In: Süddeutsche Zeitung 10.2.2011.
- ²² www.campact.de, www.avaz.org/de/, www.nachdenkseiten.de.
- ²³ Vgl. das Heft: Zusammen mehr erreichen. Kleiner Ratgeber für Bezugsgruppen. o.O., o.J. [2010] oder: www.aktionsnetzwerk.de.
- ²⁴ Christoph Neidhart: Vertuschen im Namen des Volkes. Jahrzehntlang verharmlosten japanische Politiker die Gefahren der Atomenergie – nun wagen manche den kritischen Rückblick. In: Süddeutsche Zeitung 20.4.2011.
- ²⁵ Jens Schneider: Castor-Proteste zermürben die Polizei. Übermüdete Einsatzkräfte treffen vor Gorleben auf ausdauernde Blockierer – und stoßen dabei an ihre Grenzen. In: Süddeutsche Zeitung 9.11.2010. Und: Christian Tretbar: Polizei: Politik gefährdet Sicherheit in Deutschland. Gewerkschaft spricht von Vertrauensverlust und Erschöpfungszuständen bei Beamten. In: Tagesspiegel 30.12.2010; Christoph Cadenbach und Max Fellmann: Ein Job zum Davonlaufen. In: Süddeutsche Zeitung Magazin, Nr. 17 vom 29.4.2011, S. 24–32.

Peter Cornelius Mayer-Tasch

Politik- und Demokratieverdrossenheit?

Vom Segen, vom Fluch und vom Echo der Macht

1. Vom Segen der Macht

Seinem „Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber“ stellt Carl Schmitt (der wegen seiner zeitweiligen Annäherung an die Nationalsozialisten in Misskredit geratene, vielleicht aber dennoch bedeutendste deutsche Staatsrechtler des 20. Jahrhunderts) ein Byronzitat in Dialogform voran. Es lautet: „Seid ihr glücklich? Wir sind mächtig!“

Wie kein Anderer – mit Ausnahme vielleicht noch von Niccolò Machiavelli – hat Byrons Landsmann, Thomas Hobbes, in seinem „Leviathan“ (1651) das Hohelied von Macht und Machthunger gesungen. Den menschlichen Charakter sieht er geprägt von einem „Verlangen nach Macht und abermals Macht, das erst im Tode endet“. Man braucht freilich nicht bei italienischen und englischen Staatsphilosophen nachzulesen, um zu erfahren und zu wissen, dass die jedem Lebewesen inwohnende Lebens- und Entwicklungskraft eine unverkennbare anthropologische Konstante darstellt. Wie jedes andere Lebewesen, sei es Pflanze oder Tier, strebt auch der Mensch von Kindheit an zur Entfaltung der ihm eingeborenen Lebenskräfte, versucht er – um es im Sinne Goethes zu formulieren – das zu werden, was er ist. Ich will diese unter anderem auf die aristotelische Entelechielehre und die indische Karmalehre verweisende Spur aber nicht weiter verfolgen, sondern beim unverkennbaren Ausgangspunkt bleiben – der dem Menschen eingeborenen Lebenskraft, dem ihm zur Verfügung stehenden Potenzial.

Dieses Potenzial freilich sucht sich – je nach Veranlagung – auf sehr unterschiedliche Weise und in sehr unterschiedliche Richtungen zu entfalten, wobei zahllose Faktoren eine Rolle spielen mögen – so etwa genetische, sozialisations- und ausbildungsbedingte, vielleicht astrologische oder karmische. Nur für *eine* der Entwicklungsoptionen des menschli-

chen Machtpotenzials bildet die Politik das zentrale Blick- und Zielfeld, auch für alle anderen aber mögen die Auswirkungen der Politik in größerem oder geringerem Maße zum Schicksal werden. Zum zentralen Blick- und Zielfeld wird die Politik für diejenigen, die die Politik als Beruf gewählt haben oder die Politik als Beruf anstreben, indem sie sich in Parteien organisieren und um Macht und Einfluss im politischen Leben oder aber (wie dies etwa für den Berufsstand der Politikwissenschaftler der Fall ist) um einen mehr oder minder klaren Blick auf politische Zusammenhänge ringen. Für sie – und damit indirekt auch für alle anderen Bürger, auf deren Leben politische Entwicklungen und Entscheidungen einen Einfluss ausüben können – ist die Gewinnung bzw. Gewährung von Machtbefugnissen an die „politische Klasse“ unabdingbare Voraussetzung eines geordneten sozialen Zusammenlebens. Die Aufgabe dieser politischen Klasse nämlich ist es einerseits, das unter der Oberfläche stets lauernde Chaos zu verhindern bzw. Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, und andererseits, das „gute Leben“ zu fördern, wie es uns schon Aristoteles gelehrt hat. Machterlangung und machtvolle Schutzgewährung ist geradezu die legitimatorische *raison d'être* für die der politischen Klasse in Wahlen (wie hierzulande) oder (wie in manchen anderen Ländern) ohne Wahlen anvertraute politische Entscheidungs- und Gestaltungsmacht. In der Politikwissenschaft spricht man von der Korrelation von Schutz und Gehorsam. Entfällt der – hier im weitest möglichen Sinne des Wortes verstandene – Schutz, so wird über kurz oder lang auch die Bereitschaft zum Gehorsam entfallen. Und wenn von politischer Verantwortung die Rede ist – ein Begriff, der den die politische Gestaltungs- und Entscheidungsmacht Anstrebenden oder Behauptenden merkwürdig flüchtig über die Lippen geht – so kann es einzig um die in Form von Lob und Tadel, Wahl, Wiederwahl oder Abwahl (oder im Extremfall auch Revolte und Revolution) zu erteilende Antwort gehen, von der die Rede ist.

Zunächst aber geht es noch nicht um die Machtausübung, sondern um die Bereitschaft zur Machtübernahme. Ohne diese Bereitschaft nämlich ist auch „kein Staat zu machen“. Zum ABC der Allgemeinen Staatslehre und der Politikwissenschaft zählt die von Georg Jellinek im Jahre 1900 entwickelte Drei-Elemente-Lehre: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt (letztere mit oder ohne Souveränität), so Jellinek, seien die notwendigen Voraussetzungen für die Entstehung und Bewahrung von Staatlichkeit. Die Verweser der Staatsgewalt sind nicht nur die Politiker,

sondern auch die Angehörigen der öffentlichen Verwaltung, die Beamten, Richter, Lehrer usw. Und in Zeiten der politikulturellen und politikethischen Cholera mag man sich vielleicht auch dankbar des 1924 niedergeschriebenen Satzes des bedeutenden Verwaltungsrechtlers Otto Mayer erinnern: „Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.“ Voll verlassen kann man sich aber auch auf diesen Satz nicht, denn die letztlich je und je richtungweisenden, nur durch das parteipolitische Wechselspiel und durch die – gegen politische Einflussnahmen nicht völlig gefeite – Verfassungsgerichtsbarkeit eindämmbaren Impulse der politischen Klasse können auch das scheinbar Un- oder Schwerveränderliche aushöhlen.

Das Pathos der Verfassungsstaatlichkeit gelingt zumeist nur vor dem Hintergrund eklatanter Unrechtssysteme. Doch „nach dem Happy End“ und im Zeichen neuer Herausforderungen wird oftmals „abgeblendet“, um Kurt Tucholsky zu bemühen.

Tatsache ist mithin, dass diejenigen, die wesentlichen Anteil an den Richtungsimpulsen des politischen Lebens haben, erst gefunden werden müssen. Wir wissen alle, auf welche Weise sie gewonnen werden. Die Organisation, Aggregation und (Re-)Präsentation der in einer Gesellschaft vorhandenen sozioökonomischen, soziopolitischen und soziokulturellen Interessen erfolgt durch Interessenverbände und politische Parteien. Diese Parteien aber haben nicht etwa nur heute, wo ihnen die Mitglieder in ständig wachsendem Maße zu entgleiten drohen, sondern in aller Regel Schwierigkeiten, genügend Mitglieder und erst recht, genügend aktive, zur Übernahme von Ämtern bereite Kandidaten zu gewinnen. Dass die öffentliche Wahrnehmung eine andere ist, ändert nichts an dieser Tatsache. Eine andere Wahrnehmung haben nicht zuletzt die Angehörigen der potenziellen Gegeneliten, die aber in aller Regel auch nicht bereit sind, die viel beschworene „Verantwortung“ zu übernehmen und die Klettertour durch die Parteiinstanzen anzutreten. Satte Abgeordneten- und Ministergehälter und -pensionen, Dienstwagen, Sekretariate und dergleichen Privilegien hätten viele gerne. Weniger beliebt freilich ist die Gegenleistung. Und wenn in den letzten demoskopischen Reputationserhebungen der Beruf des Politikers an letzter Stelle auftaucht, so hat dies möglicherweise nicht nur etwas mit der Wahrnehmung von angeblicher oder tatsächlicher Machtgier, Inkompetenz und Unredlichkeit zu tun, sondern auch mit der mangelnden Attraktivität dieses Berufes und des Weges, der zur Möglichkeit seiner Ausübung

führt. Wer nämlich den Handel und Wandel der Politiker nur durch eine (vielleicht sogar von eigenem latentem, aber gleichwohl nicht satisfaktionswilligem Partizipationsverlangen getrübt) gegenelitäre Brille sieht, verkennt, dass die meisten Menschen nicht das geringste Interesse haben, dem politischen Geschäft ihr Leben zu opfern – eine Erkenntnis dies, die schon der Alt- und Großmeister der Politikwissenschaft Aristoteles in seiner Staatsformenlehre angedeutet hat. Die meisten Menschen haben zwar ein Interesse daran, dass politische Prozesse und Entscheidungen ihre Kreise zumindest nicht stören, möglichst aber fördern. Eher schwach oder gar nicht ausgeprägt ist jedoch das Bedürfnis der meisten Menschen, für die Förderung des Gemeinwohls das eigene Leben in die Bresche zu werfen.

Wer also bleibt übrig zur Besorgung dieser wichtigen Aufgabe? Die Antwort ist ebenso banal wie evident: Diejenigen eben, die willens sind, sich diesem extrem wettbewerbsorientierten Geschäft zu widmen, vor allem aber, es schon frühzeitig zu ihrem Beruf zu machen. Hochkompetente Quereinsteiger gibt es äußerst selten, und wenn ja, nur in den obersten Rängen als Minister oder dergleichen. Gerne gesehen wird dies von den die-Ochsentour-absolviert-habenden Angehörigen der von den Parteien rekrutierten und gesteuerten politischen Klasse fast nie. In aller Regel ist es der frühzeitige, loyalitätsbereite Anschluss an eine politische Partei, der zählt, verbunden mit rhetorischer Gewandtheit, Durchsetzungsfähigkeit und der unbedingten Bereitschaft, sich der Wettbewerbslogik des politischen Konkurrenzkampfes um die Macht zu unterwerfen, die über jede Politikerkarriere entscheidet. Nicht unerheblich, letztlich aber wohl weniger ins Gewicht fallend für eine solche Karriere sind hohe Fachkompetenz, unbeugsame Redlichkeit und Charakterstärke, Gaben, die in Einzelfällen zu hohen Ämtern qualifizieren mögen, nicht selten aber auch zum Fernbleiben oder zur Abwendung vom politischen Geschäft führen und zuweilen auch geradezu zur Austreibung der Betroffenen aus den Reihen der kampfgeprobten Jünger der Macht. Derer also, die angetreten sind, „den Nutzen des Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden“. Derer auch, die bei der Interpretation dieser kernigen Aussage weitgehend mit ihrem Gewissen alleingelassen werden, vor allem aber mit den Gesetzen des politischen Seins oder Nichtseins, die die lästigen Hürden der Gewissensfreiheit der Abgeordneten nicht selten mithilfe der Sprungstange bzw. der Loyalitätsspeitsche der Parteidisziplin lässig zu überwinden vermag. Der geradezu unsägliche Druck

etwa, dem die hessische Landtagsabgeordnete Metzger im Gefolge der hessischen Landtagswahlen 2008 ausgesetzt wurde, hat dieses Syndrom eindrucksvoll dokumentiert. Damit aber bin ich längst in die zweite Etappe meiner *tour d'horizon* durch die Gefilde politischer Macht gelangt – beim Fluch der Macht.

2. Vom Fluch der Macht

Wenn vom Segen der Macht als Grundvoraussetzung für politische Ordnungswahrung und soziale Daseinsvorsorge die Rede ist, muss auch vom Fluch der Machtgewinnung und der Machtausübung die Rede sein, zumal beide fast untrennbar erscheinen müssen. Der Fluch der Macht besteht nicht etwa nur darin, dass sie stets und immer in größerem oder geringerem Maße missbraucht werden kann, sondern vor allem auch darin, dass es sowohl beim Kampf um die Gewinnung von Macht als auch beim Kampf um die Erhaltung der Macht selten besonders nobel zuzugehen pflegt – und dies selbst dort nicht, wo „lupenreine Demokraten“ am Werk sind, um diesen von Altkanzler Schröder zum Amüsement der westlichen Welt auf den russischen Expräsidenten Putin gemünzten Begriff einmal aus dem Absurditätenkabinett zu befreien. Die Rede braucht mithin nicht zu sein von gewaltsamen Machtergreifungen, die es heute noch genauso gibt (wenn vielleicht auch etwas seltener) wie seit eh und je. Man braucht auch nicht an Wahlgrotesken à la Simbabwe oder Afghanistan zu denken. Es genügt der uns zur Normalität gewordene, ganz normale Wahnsinn so genannter demokratischer Wahlkämpfe, um diese These zu belegen. Die Details sind uns allen wohlbekannt. Auch bei diesen durch unsere Verfassungsordnung und diverse Gesetze und Rechtsprechungsgrundsätze geregelten Veranstaltungen kommt das ganze Instrumentarium zum Einsatz, das der dünnlippige und scharfäugige Machttheoretiker Machiavelli in seinem Buch vom Fürsten (1514/1529) geschildert hat. Bei so genannten demokratischen Wahlen geht es um den zielstrebig und tatkräftig (also mit *virtù*) jede Situation (*occasione*) wie auch die Zeitumstände (*qualità dei tempi*) ausnutzenden Zugriff auf den Wähler, wobei nicht selten versprochen wird, was man nicht halten kann oder was man zuvor (falls man an der Regierung war) dem dasselbe fordernden politischen Gegner abgeschlagen hat usw., usf. Ich brauche das Sündenregis-

ter nicht herzubeten, weil wir alle es auswendig kennen. Fortuna, sagt Machiavelli (und die Wählergunst ist in den so genannten Demokratien das wichtigste Element der Fortuna) – Fortuna sei ein Weib. Man müsse es schlagen und treten, um es sich gefügig zu machen. Soweit, so gut oder so schlecht. Die Kontrollfrage allerdings lautet: Wie sollte ein im Ansatz gutwilliger und redlicher Politiker (was wir jetzt einmal unterstellen wollen) an die Macht gelangen, wenn er nicht die Gunst der Dame Fortuna (sprich: des Wählers) gewinnt? Schlagen kann er sie (noch) nicht, wohl aber täuschen. Ist die Versuchung nicht übergroß, ihr ins Ohr zu flüstern, was sie hören will: – Steuersenkung, Pendlerpauschale, Mindestlöhne, Kindergelder, Bildungsmillionen, Abzug aus Afghanistan und tausend solcher Dinge mehr – all’ das, was man vielleicht gestern im Blick auf die Finanz- oder Sicherheitslage abgelehnt hat oder morgen aus demselben Grunde („leider, leider, leider“) wieder ablehnen wird. Für alle Parteien lassen sich hierfür genügend Beispiele finden. Und wie steht es mit dem Wähler?

Trägt nicht auch er die Mitschuld, weil er wieder einmal auf den immer gleichen Sirengesang hereinfällt, obwohl er es „eigentlich“ besser wissen müsste, aber eben Gründe sucht, um in die vielleicht ewig gleiche Richtung zu votieren, in die seine – wie auch immer zustande gekommenen – politischen Urinstinkte ihn treiben? Vor allem aber: Hätte er eine echte Alternative? Hat er nicht häufig genug erlebt, dass sich die Politik *aller* an der Macht oder in der Opposition befindlichen Parteien in die merkwürdigsten Richtungen zu bewegen pflegt und dass sie ihm, dem angeblichen Souverän, auf der Bundesebene mit fadenscheinigen Gründen sogar das Recht verweigern, seinen Willen in Abstimmungen kundzutun, obwohl das Grundgesetz in Art. 20 Abs. 2 ihm dieses Recht ausdrücklich eingeräumt hat? Eine der Tatsachen dies, die einen Teil der deutschen Staatsrechtler zu dem stets aufs Neue der politischen Klasse entgegengeschleuderter Vorwurf drängt, sie habe den eigentlichen Volkssouverän weitgehend entmündigt und throne – dies mit viel Staatsrhetorik verschleiern und insoweit in holder Einmütigkeit – wohlversorgt auf dessen Schultern.

Wer von Deutschland ablenken will, mag auf Italien ausweichen, wo der jetzige Ministerpräsident schon mehrfach Gesetze auf den Weg brachte, die zu seinem höchstpersönlichen Nutzen geheiligte Regeln der Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzten. Vor den letzten italienischen Parlamentswahlen aber überholte die Wahlrhetorik des pointiert rechts ori-

entierten Amtsinhabers die italienischen Linksparteien auf der ultralinken Spur. Auch dann aber, wenn die Macht gewonnen ist, kann zwar eine gewisse Zeit lang drauflos regiert werden. Sobald jedoch die nächsten Wahlen in Blickweite geraten, beginnt das Spiel von vorne.

Befinden sich mithin alle Mitspieler in der Machtfalle? Die zu Wählenden und irgendwann auch Gewählten, weil sie der Macht bedürfen, um etwas Positives erreichen zu können, zur Gewinnung der Macht aber nicht unbedingt das sagen dürfen, was sie denken, sondern das sagen müssen, was die Legitimationsbeschaffer – d. h. die Wähler – hören wollen? Die Wähler, weil auch sie daran interessiert sein müssen, dass sich im Staate eine Ordnungs- und Gestaltungsmacht bestenfalls um das Gemeinwohl (zumindest aber um ihre Interessen) kümmern kann, dabei aber kraft der Systemlogik immer wieder in die Gefahr geraten, russisches Roulette zu spielen? Und dass Letzteres erst recht der Fall ist, wo überhaupt nicht oder nur unter unfairen Rahmenbedingungen gewählt werden kann, bedarf kaum besonderer Betonung. Das Churchillwort, dass die Demokratie die schlechtestmögliche Staatsform mit Ausnahme aller anderen sei, gilt auch in diesem Zusammenhang. Wenn Denker wie Platon und Aristoteles die Demokratie zu den entarteten Staatsformen zählten, so nicht nur im Blick auf deren eklatante Schwächen, sondern vor allem in der Hoffnung auf den – nicht zuletzt durch Charakter- und Wissensbildung zu bewirkenden – Gesinnungsadel der Philosophenkönige bzw. der *Aristoi*. Auf sie vertraute auch Konfuzius. Während Machiavelli im *Principe* von einer weitgehenden Trennung von Ethik und Politik ausging, erklärt Konfuzius die Integrität des „Edlen“ (einer seiner Zentralbegriffe) geradezu zum Fundament der Staatskunst: „Wenn der Fürst sich selbst richtiggestellt hat, so wird auch das Volk ihm darin folgen“, heißt es im Lun Yü, einer im 2. nachchristlichen Jahrhundert zusammengestellten Sammlung von Berichten über und Gesprächen mit Schülern, Freunden und Fürsten. Die Geschichte der politischen Philosophie pflegt Machiavelli als Realisten und Konfuzius als Idealisten einzustufen. Dass der Fluch der Macht abgemildert werden könnte, wenn alle am Kampf um die politische Macht Beteiligten die Mahnung des Konfuzius ernst nehmen könnten und würden, wird man getrost unterstellen dürfen.

Völlig gebannt freilich wäre der Fluch der Macht auch dann noch nicht, weil die Systemlogik der politischen Macht zu ihrer Entfaltung der Interaktion mit anderen Systemrationalitäten – zum Beispiel der

technischen und ökonomischen – bedarf und überdies auch an allen Ecken und Enden an die eigenen Kompetenzgrenzen stößt. Auch dann also, wenn man von einem redlichen, fähigen und tüchtigen Repräsentanten der Staatsmacht ausgeht – sei er nun Angehöriger der Legislative, der Exekutive oder des Exerzier- und Aufmarschfelds der Parteienlandschaft –, so heißt dies noch lange nicht, dass ihm die Herausforderungen seines Amtes oder seines Aspirantenstatus nicht zum Fluch werden können. Der Komplexitäts-, Interdependenz- und Intransparenzgrad der heutigen Lebensverhältnisse nämlich ist derart hoch, dass mit gutem Gewissen vertretbare Lösungen höchstens annäherungsweise erreicht werden können. Der Durchschnittsabgeordnete wird die eigentliche Entscheidung über die Tunlichkeit einer Regelung zumeist den so genannten Experten überlassen und im Übrigen – über den Daumen seiner Parteirichtlinien peilend – entscheiden müssen. Diese Experten aber sind bestenfalls zum Teil als „neutral“ zu betrachten. Vielfach muss sowohl in den die Gesetze vorbereitenden Ministerien wie in den Abgeordnetenbüros auf den von Eigeninteressen gefärbten Sachverstand derer zurückgegriffen werden, deren Handel und Wandel in gemeinwohlverträgliche Bahnen gelenkt werden soll, deren Gunst man aber auch aus den verschiedensten politischen und ökonomischen Gründen nicht verscherzen will. Nicht erst dort, wo Minister in Verwaltungs- und Aufsichtsräten von Großbanken und Konzernen mehr oder minder hilflos oder kollusiv dem Gebaren dieser Globalisierungsungetüme zusehen, stellt sich mithin die uralte Frage: „Quis custodiet ipsos custodes?“ – „Wer wacht über die Wächter?“ Eine Frage dies, die letztlich nur rhetorisch bleiben kann. Der durch und durch redliche, mit vollem Durchblick und jenseits „der Parteien Streit und Hader“ um die Verwirklichung des Gemeinwohls ringende Jünger der Macht gehört mithin ebenso ins Reich der Illusionen und der Utopien wie der redliche, mit vollem Durchblick die ihm auferlegten Lasten um der Verwirklichung des Gemeinwohls willen geduldig tragende Adressat obrigkeitlicher Machtausübung, oder der mit denselben Gaben ausgestattete, zur Ermächtigung der Mächtigen berufene Wähler. Diesen unverkennbaren Konstanten der Politik entsprechend fällt dann auch des Echo der Macht aus, von dem nun noch im dritten und letzten Teil dieser *tour d`horizon* durch das teils steinige, teils schlüpfrige Gelände der so genannten Politik- und Demokratieverdrossenheit die Rede sein soll.

3. Vom Echo der Macht

„Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es auch wieder heraus“, lautet ein altbekanntes Sprichwort. Diese Weisheit gilt selbstverständlich auch für die Verhaltensweisen der Mächtigen und die Art der Ausübung der von ihnen erworbenen Macht. Und dies ganz unabhängig davon, ob sie diese illegitimerweise usurpiert haben oder ob sie ihnen kraft monarchischer bzw. aristokratischer Legitimation zukam oder ob sie ihnen – wie dies heute zumeist der Fall ist – kraft demokratischer Legitimation anvertraut wurde. Wenn man davon ausgeht, dass sich zwar nahezu alle Menschen für die Ergebnisse der Machtausübung interessieren, soweit diese ihr persönliches Leben berühren, jedoch weit weniger für die Modalitäten dieser Machtausübung, so wird man auch zu dem Ergebnis kommen müssen, dass man nicht ohne Weiteres von einer „Politikverdrossenheit“ im Lande sprechen kann – einem Begriff übrigens, der schon 1992 in Deutschland zum „Wort des Jahres“ erklärt wurde, was freilich noch nicht bedeuten muss, dass man zu Recht von einer allgemeinen Politikverdrossenheit sprechen kann. 30 Jahre zuvor, im Jahr 1962 also, gegen Ende der Wirtschaftswunderzeit erklärten ca. 60 % der Deutschen ihr Desinteresse an Politik. 1967 bekräftigte Axel Görlitz in seinem Buch „Der politische Deutsche“ diesen Befund. 1971, zu Beginn der Bürgerinitiativbewegung erklärten 55 % der Befragten es für wichtig, Einfluss auf die Politik zu nehmen, 78 % erklärten sogar ihre Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit. Ein sensationell hoher Grad der politischen Sensibilisierung, der dann auch nahezu 1½ Jahrzehnte anhielt und nicht nur von den sich drastisch verschlechternden zivilisatorischen und ökologischen Rahmenbedingungen, sondern auch von den um sich greifenden Friedens- und Emanzipationsbewegungen (von Frauen, Homosexuellen etc.) profitierte. Ihren Höhepunkt erlebte der Politisierungsgrad im Zeichen der – zum Teil geradezu bürgerkriegsähnliche Formen annehmenden – Anti-Atomkraft-Kampagne, die letztendlich im neuerdings wieder infrage gestellten Atomausstieg mündete und so eine gewisse Beruhigung fand, nachdem sie im zeitlichen Umkreis des Reaktorunfalls von Tschernobyl einen Höhepunkt erlebt hatte. Etwa $\frac{3}{4}$ der Deutschen forderten zu jener Zeit einen sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft – und nicht nur das Freiburger Öko-Institut, sondern auch ein führendes deutsches Wirtschaftsforschungsinstitut kamen danach zum Unbehagen der damaligen Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass dies auch ohne

Schaden für die deutsche Wirtschaft geschehen könne. Neuere und neueste demoskopische Erhebungen bringen zum Ausdruck, dass sich immerhin zwischen 20–30 % der Deutschen stark und knapp 50 % mittelstark für Politik interessieren, und nur ca. 15–30 % angeben, sich wenig oder überhaupt nicht für Politik zu interessieren. Von einer Politikverdrossenheit im eigentlichen Sinne kann also nicht die Rede sein. Nicht nur die Medien, sondern nicht zuletzt auch die Politiker selbst sprechen allerdings nicht selten von einer angeblichen Politikverdrossenheit. Sie verweisen auf sich häufende Austrittszahlen bei den politischen Parteien, auf sinkende Bereitschaft, sich in Parteigremien auf lokaler und regionaler Ebene zu betätigen, und nicht zuletzt auf eine zunehmende kritische Medienberichterstattung – eine Berichterstattung, die vermutlich noch viel kritischer ausfallen würde, wenn nicht gewisse, durch den „Zugang zum Machthaber“ gesteuerte Disziplinierungsmechanismen in die Symbiose von Politik und Medien eingebaut wären.

Viel eher als von einer Politikverdrossenheit wird man – für die Politiker weniger erfreulich – von einer Parteien- und Politikerverdrossenheit sprechen können. Eine solche Politikerverdrossenheit gab es freilich zu allen Zeiten. Zu allen Zeiten wurden die Untertanen belastende Taten oder Unterlassungen der Mächtigen mehr oder minder beklagt und deutlich dagegen opponiert. Angesichts des niedrigen sozialen Status und des geringen Bildungsgrads eines Großteils der Untertanen fiel dies allerdings in aller Regel kaum ins Gewicht. In einer sozial vergleichsweise stark nivellierten, durch einen hohen Bildungsgrad charakterisierten Zivilgesellschaft wie der deutschen, liegen die Verhältnisse freilich anders, obwohl auch hier das Schwergewicht der Unzufriedenheit bei der im Prinzip zu einer politischen Partizipation bereiten Gegenelite liegt. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Unbehagens in der Bevölkerung sind *sie* es vor allem, die über politische Verhaltensweisen klagen, die von ihnen als fremdbestimmt, unglaubwürdig, opportunistisch, oberflächlich oder fachlich inkompetent eingestuft werden. Selbstbedienungs- oder Korruptionsvorwürfe, wie sie keineswegs nur in Umfragen, sondern auch von Parteienforschern erhoben werden; sie runden das Bild der Politikerverdrossenheit ab, das korrekterweise von dem Zerrbild der Politikverdrossenheit deutlich abgegrenzt werden sollte. Und dies, obwohl in den Medien, aus dem Munde von Politikern und selbst in der Nomenklatur von Repräsentativerhebungen ständig just dieses suggeriert wird. „Worte sind weiser Männer Rechenpfennige, nur den Thoren

gelten sie als bare Münze, die nach der Autorität alter Doktoren geschätzt wird“, schrieb Thomas Hobbes. Und das gilt auch für diese Frage, wie sich unschwer an einem konkreten Beispiel belegen lässt. In der Ende Juni 2008 publizierten, von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie über die politische Haltung der Deutschen kam zum Ausdruck, dass fast jeder zweite Wahlberechtigte sich die Nicht-Teilnahme an den Bundestagswahlen 2009 vorstellen konnte, dass sich mehr als ein Viertel der Deutschen „ungerecht“ behandelt fühlte und etwa ebenso viele daran zweifelten, dass „die Demokratie“ überhaupt noch funktioniert. Eine fast zeitgleich vom ARD in Auftrag gegebene, von Infratest durchgeführte Repräsentativerhebung ergab, dass 48 % (im Westen sogar 52 %) der Deutschen sich mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden erklärten. In einer Allensbacher Untersuchung vom November 2006 hatten sich sogar noch 74 % der Deutschen als mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie zufrieden erklärt. Eine Infragestellung der sich als Demokratie deklarierenden deutschen Verfassungsstaatlichkeit unter ernsthaften demokratietheoretischen und verfassungsrechtlichen Aspekten ist den meisten Deutschen schon aus Mangel entsprechender (Er-)Kenntnisse ohnedies nicht möglich.

Dass Umfragen solcher Art, die mit holder Regelmäßigkeit und aus unterschiedlichen Gründen in Auftrag gegeben werden, fast stets ein mehr oder minder hohes Maß an Unzufriedenheit signalisieren, ist ebenso unabweisbar wie die Tatsache, dass in Zeiten drastisch steigender Inflation und ungeachtet aller Steuersenkungsrhetorik ebenfalls ständig steigender Steuerbelastung bei gleichzeitiger Zunahme der Einkommensdisparitäten das Vertrauen auf die Gemeinwohlsicherungsfunktion der politischen Klasse sinken muss. Dieses unleugbare Phänomen aber als Demokratieverdrossenheit zu bezeichnen ist zumindest solange problematisch, als man in den demoskopischen Erhebungen nicht die entsprechenden Alternativen abfragt – Fragen stellt also wie: „Glauben Sie, dass eine Diktatur die gegenwärtigen sozialen Probleme besser zu lösen imstande wäre?“ Oder: „Würden Sie einer Abschaffung des Parteiensystems und einen vom Volk in direkter Wahl gewählten Bundeskanzler mit Legislativ- und Exekutivkompetenz vorziehen?“ Oder: „Sollte das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten gemäß Art 48 WRV mit neuer Zuständigkeitsregelung wieder eingeführt werden?“ Solange solche oder ähnliche Fragen nicht auf seriöser Basis gestellt und beantwortet werden (bislang wurden sie allenfalls einmal im Zusammenhang mit dem

Rechtsextremismus und dann mit geringer Aussagekraft gestellt), bedeutet es eine unzulässige Verkürzung, von einer Demokratieverdrossenheit zu sprechen. Und gerade als Politikwissenschaftler halte ich es für meine Pflicht, dies zu betonen. Schon einmal in der Geschichte unseres Volkes mündete die so genannte „Demokratieverdrossenheit“ in etwas noch weit weniger Wünschenswertes.

Was bleibt, ist die Tatsache, dass unsere Verfassung, die ohnedies keine rein demokratische, sondern eine so genannte gemischte Verfassung darstellt, bei der sich demokratische Elemente mit wahloligarchischen und wahlmonarchischen verbinden, ebenso wenig die Gewähr für optimale Ergebnisse bietet wie alle anderen Verfassungsordnungen auch. Was bleibt, ist die Tatsache, dass die Modalitäten unserer Verfassungsordnung keine Gewähr für die Rekrutierung einer politischen Klasse bilden, die das Geschäft der Ordnungssicherung und der öffentlichen Daseinsvorsorge zur allgemeinen Zufriedenheit mit hoher persönlicher Integrität und salomonischer Weisheit betreibt. Schon die Bürgerinitiativbewegung der 70er- und der 80er-Jahre hatte sich an einem allgemeinen Unbehagen über die Struktur- und Funktionsgesetzlichkeiten der Verwaltungs-, Verbände- und Parteienstaatlichkeit entzündet. Auch in jenen Jahren schlugen die Wellen der Unzufriedenheit über eine politische Klasse hoch, die sich in den vergleichsweise stark hierarchisierten Funktionsgesetzlichkeiten gut einzurichten, jedoch mehr schlecht als recht zu regieren verstand. Diesem Unbehagen entwachsen viele zukunftsweisende Impulse, insbesondere im Bereich der Umweltpolitik. Zu grundlegenden Strukturveränderungen freilich führte auch die Bürgerinitiativbewegung nicht, aber doch zu einem mäßigen Ausbau von Bürgerbeteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene sowie auch zu einem gewissen Ausbau direkt-demokratischer Entscheidungsverfahren auf kommunaler und regionaler Ebene. An den Megastrukturen änderte sich wenig. Und dass nun angesichts neuer Herausforderungen das Unbehagen wieder wächst, ist kaum verwunderlich. In der schon erwähnten Infratest-Erhebung vom Juni 2008 erklärten zwei Drittel (also 66 %) der Deutschen, dass sie kein oder wenig Vertrauen in die Bundesregierung hätten. Äußerst bedenklich ist dabei, dass sich diese Unzufriedenheit mit der Verhaltensweise und den politischen Leistungen der in Parteien formierten und das politische Leben weithin dominierenden politischen Klasse heute eher in einer resignativen als einer kompensatorisch-aktiven Trotzhaltung weiter Kreise der Bevölkerung äußert. Da historische Erfahrun-

gen zeigen, dass solche Trothaltungen über kurz oder lang zu gefährlichen politischen Eruptionen führen können, wenn sie langhin unbeachtet bleiben, müssten sie die politische Klasse zu höchster Konzentration auf eine optimale Erfüllung ihrer Gemeinwohlaufgaben anspornen. Die ihren Entscheidungen Unterworfenen freilich müssten in schwierigen Zeiten ebenfalls das nötige Augenmaß bewahren, wenn es darum geht, das eigene Leben auch ohne den Staat in Ordnung zu bringen bzw. darum geht, die Erwartungen an die Politik auf einer vernünftigen Ebene anzusiedeln und auch das eigene Wahlverhalten danach auszurichten. Insoweit braucht das Land wohl tatsächlich eine neue Moral. In der blumigen Sprache des Chinas der Kaiserzeit hätte man gesagt: Himmel und Erde müssen sich wieder begegnen. Und dies gilt nicht zuletzt dann, wenn sich der Segen und der Fluch der Macht unter dem Eindruck ihres eigenen Echos versöhnen sollen.

Ludger Lütkehaus

Der antiquierte Mensch von Fukushima

Es stirbt das Sterben. Es versiegt das Verseuchen. Es zerstrahlt das Verstrahlen: Paradoxien wie diese, die dem Werk des Atomphilosophen Günther Anders entlehnt sind, liegen nahe, wenn man zu erfassen versucht, was derzeit mit der Atomkatastrophe von Fukushima als Medienereignis passiert. Die Katastrophe wandert in die entfernteren Regionen der „News“ ab, während sich gleichzeitig nichts an der desaströsen Faktenlage ändert. Der Medienbetrieb ist einfach nicht für die Wiederkehr der ewig gleichen katastrophalen Nachrichten gemacht. Segmente der informierteren Öffentlichkeit mögen es inzwischen gelernt haben, beispielsweise mit 24.110 Jahren Halbwertszeit für das hochgiftige Plutonium zu rechnen. Gleichzeitig nimmt die Halbwertszeit von Nachrichten immer mehr ab. Das ADS-Syndrom ist vorab ein mediales.

Aber es ist nicht nur das. Aus der Philosophie von Günther Anders, der lange Zeit als *der* Philosoph von Hiroshima und Tschernobyl, mit einer unzulässig personalisierenden Metapher als „das Gewissen des Atomzeitalters“ galt, ist gerade angesichts des schlechthin Neuen nuklearer Katastrophen etwas über die Grenzen menschlicher Wahrnehmungsfähigkeit, nicht nur der medialen, zu erfahren. Sie ist punktuell und auf mittlere Größenverhältnisse fixiert, nicht auf die Dauer von Katastrophen, die Monstrositäten sind. Deswegen scheitert an ihnen die menschliche Vorstellungskraft.

Das Erdbeben von Lissabon 1755 mag man sich, auf den historischen Punkt gebracht, noch halbwegs vorstellen können, Hiroshima und Nagasaki unter dem Signet der Atompilze im Rahmen einer Ästhetik des Schrecklichen noch als Brennpunkte eines bisher ungekannten militärischen Terrors. Aber bei strahlenden Dauerereignissen im Super-Gau-Format versagt mit der versiegenden Aufmerksamkeit das Vorstellungsvermögen prinzipiell. Allerdings leitet sich daraus keinerlei Rechtfertigung des überforderten Humansubjektes ab.

Der Riss zwischen menschlichem Vorstellungsvermögen einerseits, den Großkatastrophen des technisch-militärischen Komplexes andererseits ist für Anders zum Ausgangspunkt seiner Philosophie der „Antiquiertheit des Menschen“ geworden. Sie ist gegen die Identitätsmythen der Tradition ausdrücklich eine „Diskrepanzphilosophie“: Menschliches Vorstellen und technisches Herstellen, Gewissen und Wissen, Fühlen und Machen klaffen im Zeitalter der Technokratie heillos auseinander. „Technokratie“ meint dabei nicht primär die Herrschaft einer Technikerkaste, sondern buchstäblich die Herrschaft der Technik über den in seinen humanen Kapazitäten antiquierten Menschen. Er, das autonome Subjekt von ehemals, ist im Blick auf die monströsen Großtechniken unserer Epoche nur noch „mitgeschichtlich“, „ungleichzeitig“: „Wir sind von gestern“. Der antiquierte Mensch ist nicht auf der fatalen Höhe seiner Produkte. Er lebt gleichsam immer „über seine Verhältnisse“. Als „Homo faber“ macht er immer mehr, als er sich überhaupt klarmachen, geschweige denn verantworten kann. In eine unabsehbare Zukunft entwirft er seine fahrlässigen Projekte. Und so wird er, der avancierteste und zugleich retardierteste Nachfahre des Feuerbringers Prometheus, zum Kapazitätsbehinderten, zum imaginativen Legastheniker, der herstellen, aber nicht vorstellen kann; zum emotionalen Analphabeten, der sich auch beim besten Willen in die Atomopfer der Jetztzeit nicht einfühlen kann; zum moralischen Idioten, der mit seiner Empathie im Bonsai-Format auf das Kläglichste an den Aufgaben einer Fernsten-Ethik scheitert.

Die Philosophie von Günther Anders war imstande, den militärischen Terror von Hiroshima und Nagasaki, den „friedlichen“ von Tschernobyl auf ihrerseits nicht antiquierte Begriffe zu bringen. Sie ist auch geeignet, der Katastrophe von Fukushima gerecht zu werden: als die Philosophie unserer Zeit „in Gedanken erfasst“. Dem antiquierten Menschen stellt sie ein Armutszeugnis aus, das seinen technokratischen Narzissmus am tiefsten kränkt.

Das „prometheische Gefälle“ etwa zwischen Vorstellen und Herstellen, das Unvermögen des antiquierten Menschen, der fatalen Größe seiner technischen Produkte gerecht zu werden und nicht „von gestern“ zu sein, ist in Fukushima so brutal deutlich geworden wie zuvor nur in Tschernobyl. Dass so genannte „Naturkatastrophen“ in der durchtechnisierten Welt von heute unvermeidlich technische Katastrophen sind, ja, die fatalste Kettenreaktion sich eben in der Mutation von Natur- zu Technokatastrophen vollzieht, will dem antiquierten Menschen, wenn

überhaupt, nur widerwillig und stets zu spät in seinen von technischen Omnipotenzphantasien deformierten Kopf. Auf der immer und unbegrenzt nach oben offenen Richter-Skala hat er es nicht zu auch nur halbwegs zuverlässigen Einschätzungen gebracht. Nicht einmal richtig zu rechnen hat er gelernt. Die „Betreiberfirma“ Tepco liefert jeden Tag aufs Neue mit ihren unsäglichen Fehlleistungen die fortwährende Parodie des „prometheischen“ Menschen. Wenn dieser weiterhin für seine „Endlager“-Stätten frohgemut die nächsten Zwischen*heiß*zeiten zu garantieren vermag, tendiert das „prometheische Gefälle“ zwischen der Herstellung und der Vorstellung seines Destruktivpotentials gegen Unendlich.

Auf die Aussagekraft von antiquierten Begriffen wie „Sicherheit“ oder „Risiko“ darf man ihn schon gar nicht festlegen. Alles das sind Sandkastenbegriffe, die absurden Hochrechnungen eines regredierenden prometheischen Geistes, ausschließlich verbale Entsorgung im Zwischenlager der Begriffe. Immer noch glaubt er an die „Ausnahme“ und die „Regel“, wo die „Ausnahme“ die „Regel“ ist. Und die Mysterien der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit ihrer Gleichsetzung des statistisch Unwahrscheinlichen mit dem pragmatisch zu Vernachlässigenden sind seine Apologien der Fahrlässigkeit. Auf sie gründet er die „friedliche Nutzung der Atomenergie“. Nach dem sarkastischen Wort von Günther Anders sind AKWs, nicht nur die vom siedeheißen Fukushima-Typ, „Zeitbomben mit unfestgelegtem Explosionstermin“, zu schweigen von den Perspektiven des Terrors: Er findet in jedem AKW das Paradox einer „passiven Bombe“, einer „passiven Waffe“, die der antiquierte Mensch selbstverständlich nicht zünden will, aber immerhin freiwillig bereitstellt.

In einem Punkt freilich bleibt Anders' Antiquiertheitsphilosophie hinter der Lehre von Fukushima zurück. Denn es ist hier nicht nur die destruktive technische Produktivität, die den prometheischen Menschen veralten lässt. Es ist vielmehr die Technik selber, die hinter alternativen Möglichkeiten zurückbleibt. Das ist die Antiquiertheit der Technik von Fukushima. Von „prometheischer Scham“, vormals der Scham des Techno-Titanen vor der Perfektion seiner Produkte, kann schon gar keine Rede mehr sein, weit eher von prometheischem Hohn: „Ich euch ehren, wofür?“

Jürgen Dabl

Auf Gedeih und Verderb

Zur Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung

*Dieser Beitrag stammt aus dem Jahr 1975.
Der Wiederabdruck erfolgt aus gegebenem Anlass.*

Die öffentliche Diskussion um die Erzeugung von Energie aus Atomreaktoren ist zum Ritual erstarrt: Die Argumente und Gegenargumente sind allseits bekannt, Zitate von Gewährsleuten aller Couleur werden wie Keulen nach festen Kampfregeln geschwungen, Rede und Gegenrede folgen einander nach einem seit Jahren eingeübten Programm:

Anhörungstermine, Eingaben, Bürgerinitiativen, Petitionen, Leserbriefe und Flugblätter wiederholen die immergleichen Einwände und Befürchtungen, Vorwürfe und Prophezeiungen, — Aufklärungsschriften, Vorträge, Filme und Broschüren antworten darauf geduldig oder hochfahrend, einlenkend oder gekränkt, begütigend oder ausweichend: Die Diskutanten drehen sich stampfend im Kreise umeinander und um die Sache herum.

Der Erstarrung des Rituals entspricht seine Absurdität. Denn: Während über Atomkraftwerke noch hin und her geredet wird, werden sie zugleich gebaut und betrieben. Während die Risiken noch gewogen und von den einen als tragbar, von den anderen als zu schwer befunden werden, rechnen die Elektrizitätswerke schon an der Rendite herum, die im Jahre 2000 zu Buche schlagen wird. Während man im Saale noch die Eventualität der sogenannten Störfälle diskutiert, sind sie draußen schon vorgefallen.

Die Erzeugung von Energie aus Atomreaktoren ist im Gange, und es ist längst die Linie überschritten, hinter der man kaum mehr ernstlich darüber debattieren kann, was zu geschehen hätte, sondern nur noch Betrachtungen darüber anstellen kann, was vermutlich geschehen wird oder vielleicht geschehen könnte und warum.

Elf Atomkraftwerke sind allein in der Bundesrepublik in Betrieb, mehr als zwanzig sind im Bau oder in der Planung, über hundert Meiler sollen bis 1980 in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft stehen, weit über 200

bis 1985 (nach einer Ankündigung des EG-Kommissars Henri Simonet vor dem Europäischen Parlament in Straßburg).

Zehn Milliarden Mark hat allein die Bundesrepublik seit 1956 an staatlichen Mitteln zur Förderung der Atomenergie-Produktion ausgegeben, weitere Milliarden hat die private Industrie in Planung und Bau von kommerziell betriebenen Reaktoren investiert, um dereinst die Früchte der vom Staat alimentierten Atomforschung zu ernten.

Nur der „Sachzwang“ einer großen Katastrophe könnte die Entwicklung, die da in zwanzig Jahren zunächst zögernd in Gang geraten und dann immer mehr beschleunigt worden ist, noch einmal aufhalten — und dies gilt auch nur so lange, wie ein Verzicht auf die Atomenergie nicht die gegenwärtige Industriegesellschaft gefährdet; wenn das Funktionieren dieser Zivilisation erst einmal — in zehn oder fünfzehn Jahren — weitgehend davon abhängig ist, daß der Strom aus den Reaktoren weiterfließt, dann wird selbst eine mittlere Katastrophe die Überlebenden kaum mehr davon abhalten können, eine Technologie weiter zu betreiben, der man sich auf Gedeih und Verderb ausgeliefert hat.

Die Möglichkeit einer solchen Katastrophe ist nicht auszuschließen. Der Umgang mit immensen Mengen radioaktiven Materials, seine Verwendung in den Reaktoren, seine Verarbeitung in Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen, sein unausgesetzter Transport auf allen Verkehrswegen, die „Endlagerung“ des jahrhundert- oder jahrtausendlang weiter strahlenden Abfalls, — dies alles birgt Risiken, von denen kein vernünftiger Mensch in Abrede stellt, *daß* es sie gibt: Die Möglichkeit einer Katastrophe ist nicht auszuschließen.

An diesem Punkt beginnt die Metaphysik der Atomenergie-Erzeugung, jener Teil der Veranstaltung also, der nicht mehr viel mit Physik zu tun hat, sondern weit darüber hinausreicht in ein Feld der Vermutungen, Erwartungen, Hoffnungen, Schätzungen.

Natürlich lassen sich auch solche Vermutungen und Schätzungen in die Sprache der Wissenschaft übertragen und in die strengen Formen der Mathematik kleiden. Mit Zahlen läßt sich ein großer Teil der Welt und der Vorkommnisse in ihr beschreiben — auch das Ungefähre. Und wenn das Ungefähre erst einmal in eine Zahl verwandelt worden ist, dann läßt sich damit trefflich weiterrechnen. Die Zahlen, die dabei herauskommen, sind freilich verkappte Brüche: Im Nenner unterm Strich steht das Ungefähre, und nie-

mand kann sagen, ob die Zahl im Zähler durch zwei oder durch fünf oder durch hundert dividiert werden muß, um der Wirklichkeit zu entsprechen.

Das Ergebnis solcher Rechenkunst, welche die Schätzung, als Zahl verkleidet, in die Kalkulation einbringt, dann aber bis auf die vierte Stelle hinterm Komma genau jene Wahrscheinlichkeit ausrechnet, die an die Gewißheit immer nur „grenzt“, — das Ergebnis solcher Rechnerei war eine Verunklärung des Begriffes „Sicherheit“, des Begriffes, um den die Hoffnungen und Bemühungen der Atomtechniker und die Ängste und Bedenken des Publikums kreisen.

Die Entstellung dieses Begriffes gipfelt in der Behauptung der Atomtechniker, daß es eine absolute Sicherheit im Bereich menschlicher Technik gar nicht gebe und daß man deshalb die unter großen Mühen angestrebte relative Sicherheit für die absolute nehmen müsse, wie es ja auch sonst im täglichen Leben stets geschehe.

An dieser Behauptung ist so gut wie alles schief und krumm.

Die relative Sicherheit bleibt relativ, was immer man unternimmt, um sie an allen Ecken und Enden zu verbessern; mit ihr vorliebzunehmen, mag bei Meßgeräten und Haushaltleitern notwendig und vertretbar sein; bei Feuerwerkskörpern streift es bereits das Gebiet des Unsittlichen, und bei atomaren Unternehmungen ist es angesichts des Umfangs möglicher Katastrophen nichts anderes als Augenwischerei, wenn man von „Sicherheit“ spricht und nicht die absolute Sicherheit meint.

Vor allem aber gerät bei solcher Art der Handhabung des Sicherheits-Begriffes der Umstand außer acht, daß eine absolute Sicherheit vor den Gefährdungen menschlicher Technik sehr wohl zu haben ist: Die Bewohner Ostfrieslands zum Beispiel können absolut sicher sein, daß ein Staudammbruch in den österreichischen Alpen ihnen nicht das geringste anhaben kann; wer keine Hochspannungsleitung über sich hat, kann absolut sicher sein, nicht von einer solchen erschlagen zu werden; und mit einer Brücke einstürzen kann nur, wer darüber geht.

Eben diese durchaus erreichbare Sicherheit gegen das Versagen technischer Einrichtungen macht den Umgang mit ihnen überhaupt erst erträglich. Die Risiken sind, was Zeit und Ort angehen, begrenzt, und man kann sich ihnen wenigstens teilweise und zeitweise in eine absolute Sicherheit entziehen. An der Technik kann nur Schaden leiden, wer sich mit ihr einläßt und jeweils nur, solange er sich mit ihr einläßt, freiwillig oder notgedrungen.

Die Atomkraftwerke sind die ersten Schöpfungen menschlicher Technik, deren Auswirkungen sich niemand entziehen kann, weil das Potential der Kräfte, mit denen hier hantiert wird, um Größenordnungen über allem liegt, was Menschen bisher geschaffen haben, und weil diese Kräfte, wenn sie frei werden, weit über den Bereich der Kraftwerke hinaus und weit über den Zeitpunkt ihres Freiwerdens hinaus zu wirken vermögen. Die Atomkraftwerke sind demnach die einzige und erste technische Errungenschaft, vor der man sich weder durch Vorsicht noch durch Flucht in absolute Sicherheit bringen kann.

Jene Behauptung, es gebe keine absolute Sicherheit im Bereich der Technik, stimmt nur, wenn man sie auf die technische Anlage selbst bezieht. Aber daß jede technische Anlage Menschenwerk ist und deshalb dem, der mit ihr zu schaffen hat, keine absolute Sicherheit bieten kann, ist nicht mehr als ein Gemeinplatz; im Blick auf die möglichen Größenordnungen atomarer Katastrophen hat eine solche Phrase sogar etwas Zynisches an sich. Das Risiko des Menschenwerks wird als unvermeidliche Fügung ausgegeben; aber es wird nicht davon gesprochen, daß ja das Unternehmen dieses Menschenwerks die notwendige Voraussetzung für das Risiko ist, mithin die Fügung keine Fügung und gar nicht unvermeidlich, sondern ein durchaus vermeidbares Risiko, dessen Annahme beschlossen sein müßte, bevor man sich in seine unvermeidbaren Folgen schickt.

Wenn einer, der Kirschen pflückt, von der Leiter fällt, weil diese zerbrechliches Menschenwerk ist, dann ist das im Sinne jenes Gemeinplatzes auch eine unvermeidliche Fügung — aber es gibt genug Leute, die aus eben diesem Grunde den Aufstieg in den Kirschbaum unterlassen.

Die absichtsvolle Verunklärung des Begriffes „Sicherheit“ besteht also darin, daß man die Unsicherheit der Apparaturen an sich als eine allgemeine Unsicherheit darzustellen sucht, der ohnehin jedermann jederzeit ausgesetzt sei, so daß es auf ein wenig zusätzliche Gefährdung gar nicht ankomme.

„Life is risky“, das Leben ist riskant, so hat das einmal der Atomphysiker Wolf Häfele falsch ausgedrückt, — doch ist dies wohl eher die Mentalität von Kunstfliegern als eine brauchbare Maxime für die Erzeugung von Energie im großtechnischen Maßstab.

Die Unsicherheit der Apparaturen hat aber noch einen anderen Aspekt. Wenn es nämlich zutrifft, daß es keine absolut sichere Apparatur gibt — und daß dies zutrifft, läßt sich historisch lückenlos belegen — dann heißt das ja

nicht nur, daß alle dennoch zu hörenden Sicherheitsversprechen der Atomtechniker nur Zusagen mit beschränkter Haftung sind, sondern es heißt auch, daß die Atomtechnik, wenn man sie lange genug betreibt, einmal katastrophal mißlingen wird. Die Geschichte der Technik ist *auch* eine Geschichte der Unfälle und Katastrophen: Brücken sind eingestürzt, Züge entgleist, Talsperrren geborsten und Pipelines leck geworden. Der Gemeinplatz über die Unerreichbarkeit technischer Sicherheit ist zugleich ein Indizienbeweis dafür, daß auch die Atomtechnik ihre Katastrophen haben wird — aller technischen Umsicht ungeachtet.

Daß solche Umsicht auf den Bau von Atomkraftwerken in hohem Maße angewandt wird, kann gar nicht bezweifelt werden. Aber es ändert nichts daran, daß die Katastrophe möglich bleibt. Denn selbst wenn man besten Glaubens unterstellt, daß, wie es heißt, das menschenmögliche getan wird, so bedeutet dies ja nichts anderes, als daß das Unzureichende getan wird; und daß nach menschlichem Ermessen alles seine Ordnung habe, heißt eben, wie die Erfahrung lehrt, daß es *nicht* seine Ordnung hat, denn das menschliche Ermessen ist lückenhaft.

Jene Bekundungen sind denn auch, ebenso wie die gängige Formel von der Wahrscheinlichkeit, die an die Sicherheit grenzt, niemals eigentlich Bekräftigungen gewesen, sondern stets vorab gelieferte Rechtfertigungen für den Fall des Mißlingens. Nach jedem technischen Unfall — und auch schon bei atomaren Unfällen — hat es hinterher geheißt, just *dies* sei nicht vorhersehbar gewesen, doch sei nun dafür gesorgt, daß es sich nicht wiederhole.

So reduziert sich zunächst einmal die ganze aufwendig geführte Atomdebatte auf die einleuchtende Banalität, daß es keine absolute Sicherheit gibt und daß ein Mißlingen folglich unvermeidlich sein wird.

Der karge Ersatz, den die Atomtechniker für die absolute Sicherheit anzubieten haben, besteht in der rechnerisch ermittelten relativen Sicherheit. Daß ein Risiko vorhanden ist — zumindest in der Form eines in hohem Grade unwahrscheinlichen „Restrisikos“ —, bestreitet niemand. Die logische Folgerung aber, daß etwas, was irgendwann vielleicht einmal passieren kann, nicht ganz und gar unmöglich ist, erscheint dem pragmatischen Denken der Ingenieure unerträglich; für sie ist das „praktisch Unmögliche“ mit dem „Unmöglichen“ identisch, das Restrisiko nur ein Erinnerungsposten ohne wirkliche Bedeutung, und alles Bemühen geht dahin, die Unwahrscheinlichkeit von Defekten und Havarien so präzise in die Zahlen und Daten einer

quantitativen Analyse zu fassen, daß am Ende die pragmatische Anschauung der Ingenieure als eine mathematisch-wissenschaftlich beglaubigte erscheint. Das „Restrisiko“, das, so gering es sein mag, doch nicht schlankweg gezeugnet werden kann, wird mit den Mitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung hinausdividiert — doch kann ein Risiko durch eine Rechenoperation niemals beseitigt, sondern höchstens unkenntlich gemacht werden.

Vor allem aber betrifft solche Rechnerei nur die Frage, wie oft das unerwünschte Ereignis innerhalb eines Zeitraumes eintreten kann (was ja nichts anderes bedeutet als daß es jederzeit möglich ist), sagt aber nichts über den Umfang der Folgen des Ereignisses. Kein Wunder demnach, daß ein Publikum, welches die Erzeugung von Strom aus Atomreaktoren mit vollem Recht in eine sachliche und historische Beziehung zum Abwurf der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki brachte, sich mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung und der daraus resultierenden relativen Sicherheit nicht zufriedengeben wollte, sondern seine Befürchtungen zu artikulieren und ihre Berechtigung zu beweisen suchte.

Befürchtungen werden nicht schon dadurch gegenstandslos, daß man ihren „Gegenstand“ nicht präzise definieren kann. Die Furcht bezieht ihre Berechtigung oft aus anderen Schichten der Realität als denen, die an der Oberfläche liegen. Das macht die Furcht in den Augen der Techniker als eine (gewissermaßen „unsachliche“) Emotion verdächtig, als eine Gefühlsregung, die eigentlich unschicklich ist. Die Forderung nach einer „emotionslosen“ Diskussion hat daher in den öffentlichen Debatten immer eine große Rolle gespielt.

Das ist ein seltsamer und bezeichnender Kontrast zu der bis dahin üblichen Bereitschaft der Techniker und Wissenschaftler, die Emotionen des Laienpublikums, solange sie sich als Begeisterung und Zustimmung äußerten, dankend anzunehmen. Als sie noch begeistert waren, hat die Laien nie jemand nach ihrer Kompetenz gefragt, ihre Emotionen wurden als gültige Währung anerkannt und als Tribut vereinnahmt, und daß auch Wissenschaft und Technik selber ihre Taten oft genug im Zustand emotionaler Hochstimmung begeben, wurde aus vielen Selbstzeugnissen deutlich.

Nun aber, da sich die Emotionen des einst so folgsamen Publikums *gegen* die neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik wandten, wurden sie als etwas grundsätzlich Schimpfliches und nicht Sachdienliches abge-